FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN ANTIFASCHISTINNEN!

Seit Anfang November wurden insgesamt 5 türkische und kurdische AntifaschistInnen verhaftet. Erkan, Mehmet, Fatma, Abidin und Bahretin wird vorgeworfen, an einem Überfall auf den faschistischen Funktionär Gerhard Kaindl im April 1992 beteiligt gewesen zu sein, bei dem dieser tödlich verletzt wurde. Mindestens 5 weitere Personen werden jetzt vom Staatsschutz gesucht. Seit Wochen schnüffeln die Bullen in Kreuzberg, laden Kneipenbesitzer und alle möglichen Leute vor, um sie zu Aussagen zu erpressen. Im Visier: Antifaschistische Strukturen, die Staats- und Verfassungsschutz gerade in der alten und neuen Reichshauptstadt Berlin stören. Wir sagen: Stoppt die Kriminalisierung der Antifa! Behindert die Bullen bei ihrer Schnüffelei! Unterstützt die untergetauchten und festgenommenen Antifas! Organisiert den antifaschistischen Widerstand! Spendenkonto. R. Stüker, Stichwort "Antifa", Kto-Nr.: 240 297 679, Sparkasse Berlin, BLZ 100 500 00

Keine Denunziationen, keine Spekulationen ★ Behindert die Bullen bei ihrer Schnüffelei!

Gegen Repression und Denunziation...

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Nr. 291

16. Juni 1994

Dieser Prozeß ist auch unser Prozeß!

..setzen wir:

DEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND ORGANISIEREN!

...und nicht vergessen: Die Solidarität!

Dies ist ein Inhaltsverzeichnis:

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner:



"Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Farbe erkennen!

Aufruf des Aktionsbündnis Internationaler Christopher Street Day Berlin 18. Juni 1994

Das **Aktionsbündnis Internationaler CSD** wird, wie im letzen Jahr, als unter dem Motto "Grenzenlos gegen Ausgrenzung" ca.12 000 Lesben und Schwule vom Märchenbrunnen zum Tempodrom zogen, auch 1994 eine eigene **Demo**, **Kultur-** und **Rahmenprogramm** veranstalten, denn zu einer Einigung mit den Organisatoren vom "CSD Berlin-Brandenburg ´94" kam es nicht. Trotz vollmundiger Bekundungen in ihrer Hauspostille "Flagge zeigen", daß "alle demokratischen Lesben- und Schwulengruppen Platz zur Darstellung ihrer unterschiedlichen politischen Forderungen auf der CSD-Parade finden", entscheiden drei Männer vom **SVD**, der senatsgeförderten Beratungsstelle **M-O-M** und dem ´Wirte-Kartell´ **KAB** ohne vorherige Diskussion, ohne Beteiligung von Lesben, unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung, was für die Homogemeinde am 18. Juni richtig sein soll. **Das machen wir nicht mit!**

Wenn Lesben und Schwule ihre eigenen Lokale und Zeitungen haben und als zusätzliches Bonbon auch noch gleichgeschlechtlich heiraten dürfen, ist alles gut und schön in diesem Land. Nach dem Willen des "Schwulenverband in Deutschland"(**SVD**), "Mann-O-Meter"(**M-O-M**) und der "Konzertierten Aktion Lesbisch-Schwuler Wirtschaft Berlin"(**KAB**) - sollen Lesben und Schwule dafür brav am 25. Jahrestag des Stonewall Riot vom Kurfürstendamm durch das **Brandenburger Tor** zur "Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland" (**Neue Wache**) gehen, um dort ihren Kranz neben den von Helmut Kohl zu legen.

So nicht!

Wir finden es unerträglich, daß Lesben und Schwule 1994 der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus an einem Ort gedenken sollen, der gleichermaßen die Schlächter und Schergen des NS-Staates, wie deren ungezählte Opfer ehrt. Wir können in dieser von den Organisatoren des **CSD Berlin-Brandenburg** geplanten Geste an der **Neuen Wache** nichts anderes als einen Kniefall vor dem völkisch-nationalen ´mainstream´ sehen, dessen ideologische Wegbereiter sich gerade auf einen Geschichtsrelativismus ("Täter als Opfer") berufen, wie er in dieser neugestalteten "Gedenkstätte" propagiert wird.

CSD '94

Im **Aktionsbündnis** organisieren Lesben und Schwule gemeinsam den **CSD**. Das ist nicht selbstverständlich, denn der Berliner "Christopher Street Day" wird traditionell von den Schwulen in Beschlag genommen, wohingegen Lesben "zwar irgendwie dazugehören", aber kaum zu Wort kommen. Wir wissen, daß der strukturelle wie alltägliche Sexismus, mit dem Lesben konfrontiert sind, ihre Interessenlage von der schwuler Männer unterscheidet; wir wollen aber erneut im **Aktionsbündnis** versuchen, ob und wie es sich miteinander demonstrieren und feiern läßt. Wie schon im letzten Jahr, haben wir auch diesmal politische **Schwerpunkte** gesetzt, ohne die erwartete Selbstbeschränkung auf lesbisch-schwule Themen zu akzeptieren:

* Wir werden für die Forderungen der Menschen mit HIV und Aids und ihrer Selbsthilfegruppen eintreten.
* Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht aller ein, die wegen ihrer sexuellen Orientierung in vielen Staaten unterdrückt, verfolgt und eingesperrt sind.
* Wir wehren uns gegen Ausländerhaß und Nazi-Terror, denn wer von Gewalt gegen Frauen und Lesben und Gewalt gegen Schwule spricht, darf zu Rassismus und Antisemitismus nicht schweigen.
* Wir sind für das Bleiberecht für alle, egal ob für Schwule und Lesben aus Rumänien (die in ihrem Heimatland in den Knast gesteckt werden), oder für die Kurdinnen und Kurden, denen in der Türkei Folter und Tod droht.

Wir rufen alle Lesben & Schwule, ihre Freundinnen und Freunde dazu auf, am Christopher Street Day (18.6.) mit uns zu demonstrieren und zu feiern!

Demonstration am **18. Juni**, 11 Uhr, ab **Leopoldplatz** (U6/U9) durch das Scheunenviertel bis zur Volksbühne am **Rosa-Luxemburg-Platz.**

Party & Kultur abends im **Tempodrom** und der **Kulturbrauerei**, organisiert von "Wie es Ihr gefällt" und "Liedstrich". Achtet auf Plakate und weitere Veröffentlichungen vom **Aktionsbündnis Internationaler CSD Berlin 1994.**

Alle Gruppen, Institutionen etc., die diesen **Aufruf** unterstützen wollen, melden sich (schnell!) beim **Aktionsbündnis Internationaler CSD 1994**, Haus der Demokratie, Friedrich Str. 165, 10117 Berlin. Tel.: 229 91 94 (692 36 00). Spendenkonto: A.Krost, Spark. Bln., BLZ 100 500 00, Ktonr.: 12 10 10 96 93

Bisherige Unterstützer: AHA e.V.; L´Chaim-Jüdische Lesben und Schwule in Berlin; pluspunkt berlin e.V.; HIV e.V.; SchwuZ; Lilith Frauenbuchladen; "Wie es Ihr gefällt" Musikerinnenfestival; Lied-Strich Schwules Kulturbüro; Subversiv; Schwulengruppe bei der PDS; Internationales SchwulLesbisches Filmfestival Berlin

DIE EINHEITS-FEIER FINDET NICHT STATT



Im Oktober werden sie alle kommen. Die Lügner, Heuchler und proffessionellen Geschichtsverdreher aus den Parlamenten, die Banker, Manager und Konzernchefs, die Absahner und Gewinner des sozialen Krieges gegen all jene Menschen, die in diesem Land zu leben versuchen. Dazu eine ganze Armada von Journalisten und Reportern, die dafür Sorge zu tragen haben, daß diese Veranstaltung die Herzen und Hirne des *"Volkes"* erreicht.

Die diesjährige "Einheitsfeier" am 3. Oktober soll nach den Plänen "deutscher Volksvertreter" in Bremen stattfinden ! Eine Bonzenfeier im Kongreßzentrum, eine "Feier" auf dem Marktplatz mit Freß- und Saufständen und vielleicht ein bischen Folklore ist ebendso geplant, wie eine Reihe kleinerer Veranstaltungen, Ausstellungen u.Ä in Kultureinrichtungen, Museen und an der Uni. Bereits einen Tag früher wird 'unser' neuer Bundespräsident anläßlich einer Ausstellungseröffnung in der Bremer Kunsthalle sein Stell-Dich-Ein geben. Und auch die "Bremer Geschäftswelt" ist gefordert und selbstverständlich bereit, ihre profitablen und einträchtigen Geschäftemachereien werbewirksam mit der "Einheitsfeier" in Einklang zu bringen.

Der diesjährige 3. Oktober wird dabei ganz im Zeichen des sog. "Superwahljahres" stehen, dessen alleiniger Zweck - wie immer - die millionenfache Legitimierung der herrschenden Politik ist. Mit der Bundestagswahl am 16.10. wollen die herrschenden Rassisten ihre Politik abgesegnet sehen durch das Ritual der "Stimmabgabe".

Unser Ziel ist es ihnen die Suppe gehörig zu versalzen. Wir wollen erreichen, daß ihnen jede ihrer feierlichen Erklärungen im Halse stecken bleibt, daß sie sich in ihren Hotels verkriechen und sich auf ihren militärisch abgesicherten Zufahrtswegen zum Kongreßzentrum verschanzen müssen. Unser Ziel ist es, ihnen klarzumachen, daß es für tausende von Menschen keinen Grund gibt, die "deutsche Einheit" zu feiern, und das wir auf den Straßen sein werden, weil wir ihren Lügen keinen Glauben schenken, weil wir ihre Politik ablehnen, und weil wir ihre Profit- und Gewinnsucht verachten.

Der "Einheitsfeiertag" symbolisiert für uns all das, was die Herrschenden, die Reichen und die Mächtigen in den letzten Jahren an nationalistischer Ideologie, an rassistischem und faschistischen Terror und an einer geradezu frühkapitalistischen Ausbeutung und Leistungsideologie gegen Millionen von Menschen in diesem Land entwickelt haben.

Rassismus tötet !

Es gibt keinen Grund die "Einheit" zu feiern, wenn einige Millionen Menschen seit der sog. "Wiedervereinigung" sichtbar und spürbar vor Augen geführt bekommen haben, daß sie der Zukunft mit Angst und Unsicherheit entgegenblicken zu müssen.

Das vereinte Deutschland: faschistische und rassistische Pogrome, über 80 Morde an Flüchtlingen. Aufmärsche faschistischer Mörderbanden, die in kumpelhafter Begleitung der Polizei geduldet und geschätzt werden, und die untrennbar verbunden sind mit dem staatlichen Rassismus.

"Standort Deutschland": mehr Arbeit - weniger Lohn

Es gibt keinen Grund die "Einheit" zu feiern, wenn einige Millionen Menschen feststellen müssen, daß seit der "Wiedervereinigung" die Zahl der Obdachlosen ins Unermeßliche gestiegen ist, der Leistungsterror, ob in Beruf, in der Schule oder auf der Uni zugenommen hat, und insgesamt von den Reichen & Mächtigen ein Weg eingeschlagen wird, der einzig und allein ihren Gewinnen und Profiten dient - einschließlich der Verbreitung der dazu nötigen Ideologie und Propaganda.

Das vereinte Deutschland: explodierende Mieten, eine extreme Wohnungsnot, massive Steuererhöhungen. Die Armen werden ärmer, die Reichen immer reicher. Zwangsarbeitsprogramme für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen werden ersonnen, Tarifrunden enden in aller Regelmäßigkeit mit aktiven Lohnsenkungen, ungesicherte und entgarantierte Arbeit erfährt einen unendlichen Boom: die Leute sollen sich billiger denn je an die Bonzen verkaufen, miese Drecksmaloche für immer weniger Geld und allzeit-bereit verrichten, damit's in den Kassen der Unternehmer kräftig klingelt.

Das vereinte Deutschland auf der anderen Seite:
Milliardengewinne der Banken, Diätenmillionen für die Politiker, luxussanierte Appartments für Neureiche und Yuppies - das ganze Geschwätz von "Rezession" und "Krise" soll nur vertuschen, daß unsere Wohnungsnot das Geschäft der (Haus-)Besitzenden, unsere Maloche der Profit der Bonzen und unsere Vereinzelung ihre Macht ist.

Nach innen und außen wird diese Politik abgesichert:

- Aktive Gegenwehr und Selbstschutz von MigrantInnen gegen faschistische Mörderbanden wird als "Gewalt krimineller Banden" dargestellt und von Polizei und Justiz verfolgt. Die Gewalt der Faschisten wird gleichgesetzt mit der notwenigen Gegengewalt, die angewandt werden muß, wenn es darum geht, Faschistenaufmärsche zu verhindern, Kieze und "communities" gegen Neonazis zu verteidigen, oder ihnen in der Schule, in Fußballstadien oder auf der Arbeit Paroli zu bieten.
- Auf der anderen Seite werden Kampagnen gegen *"Sozialhilfebetrug"*, *"Schwarzarbeit"* gestartet, und Begriffe wie *"Arbeitsverweigerer"* kreiert, um neue ungesicherte Ausbeutungsverhältnisse, um Zwangsarbeit durchzusetzen; und um damit zusätzlich ein paar Millionen an Sozialgeldern zu sparen, die dann in die Kassen der Investoren, Unternehmer und Großverdiener umgelenkt werden.
- Die Zauberworte *"Drogendealer"* und *"organisierte Kriminalität"* wurden systematisch in die öffentliche Debatte getragen, um eine wachsende Akzeptanz gegenüber einer Innenpolitik zu erreichen, wo der Polizeiknüppel die "Sozialpolitik" ablöst, wo neue Sicherheitsgesetze in Marsch gesetzt werden, die den staatlichen Zugriff auf widerständige Menschen effektivieren sollen.

Nach außen findet das seine Entsprechung: die Grenzen des fetten und reichen Europas werden militärisch abgesichert gegen all jene Menschen, die versuchen, vor Kriegen, vor dem Elend und dem Hunger nach Europa zu fliehen. Während im Innern Deutschlands der Haß auf "AusländerInnen" geschürt wird, um Sündenböcke zu schaffen für Tatsachen, die wir allein den Reichen und Mächtigen zu verdanken haben, ist es erklärtes Ziel des vereinigten Deutschlands, sich an der Sicherung kapitalistischer Interessen zunehmend auch militärisch zu beteiligen. Waffenlieferungen und Rüstungsexporte reichen der neuen europäischen Großmacht Deutschland nicht mehr aus.

BRINGEN WIR SIE INS SCHWITZEN !

Es gibt keinen Grund die "Einheit" zu feiern. Es gibt keinen Grund deutsch-nationalen Arschlöchern, profitsüchtigen Ausbeutern und rassistischen Politheuchlern zuzujubeln. Die "Einheitsfeier" findet nicht statt!

Ein Bündnis verschiedener Bremer Gruppen, an dem auch das ARAB beteiligt ist, ruft für den 3.10. zu einer bundesweiten Demonstration gegen die "Einheitsfeiern" in dieser Stadt auf. Aktionstage im Vorfeld, Veranstaltungen und Konzerte werden aus diesem Bündnis heraus organisiert.



OCTOBER • 21st-30th • 1994

ANARCHY IN THE UK '94
PO BOX 1096
BRISTOL BS99 1BW

LONDON

TEN DAYS THAT SHOOK THE WORLD

MEETINGS: *Squatting *Animal Liberation *Green Politics *Comedy Club *Poetry Events *Anarchist History *Eye Witness *Film & video *Syndicalism *Writers *Sci-fi *Roots *Jazz *Paganism *Football *Criminal Justic Bill *Self-publishing *Distribution *Riot Grrrls *Computer Networks *Sex *Drugs *Communes *Anarcha-Feminism *Prisoners *Earth First *Bands *Direct Action *Non-violence *Riots *Situationism *Surrealism *Decadence *Class struggle *Armed struggle *Ram raiding *Foreign agitators *Cyber-punk *Stonehenge *Sex Pistols *Free Festivals *Anti-Fascism *Raves *Street Mobilisation *Punch & Judy *Theatre *Punk *Comics *Hoaxes *The Secret State *MI5 censorship *Occupations *Sound Systems *Parties *Orgy Rooms *Exhibitions *Ranting *Astrology *New Age *Tapes *Records *Stalls *Books *Pamphlets *Heretical Views *Pubs *Booze *Education *Hunt Saboteurs *Anti-road campaigns *Occult *Class violence *Shopping without money *Autonomy *Miners Strike *Ireland *Republicanism *Zapatistas *Veganism *Durutti *Marxism *Emma Goldman *Angry Brigade *Siege of Sidney St. *Pirates *Pirate Radio *Sabotage *Revolution *No-go zones *Crime *Strange ideas *Lesbian & Gay *Merry Pranksters *Homocult *Fast breeder *Chumbawamba *Queercore Sounds *Conflict *Edgar Broughton *All night debates *Zines *Flyposting *Mail Art *Jamie Reed *Confrontation *George Melly *Profane Existence *Strikes *Levitations *Class War *Yippies *Val Solanas *Psycho-driftin *Penny Rimbaud *Anarchy

Pressemitteilung 06.06.94

Beschwerdebegründung gegen die Einstellung des Todesermittlungsverfahrens z.N Wolfgang Grams bei der Staatsanwaltschaft Schwerin eingereicht

Wir haben mit Schriftsatz vom 06.06.1994 die Beschwerde gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Angehörige der GSG 9 wegen des Todes von Wolfgang Grams begründet und beantragt:

1. Die Einstellungsverfügung wird aufgehoben.

2. Die Staatsanwaltschaft Schwerin wird angewiesen, gegen die bereits als Beschuldigte ermittelten Beamten der GSG 9 Nr. 6 und Nr. 8 sowie die weiteren am unmittelbaren Zugriff gegen Wolfgang Grams beteiligten GSG 9 Beamten Nr. 2, Nr. 3 und Nr. 7 Anklage wegen eines vorsätzlichen Tötungsdeliktes zu erheben.

Wir haben ferner bei der Staatsanwaltschaft Schwerin mit gleicher Post gegen die Beamten der GSG 9 Nr. 2, Nr.3 und Nr. 7 Strafanzeige erstattet und beantragt ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes gegen sie einzuleiten.

Der Beschwerdebegründung und der Strafanzeige liegt folgender Sachverhalt zugrunde, wie er sich für uns nach gründlicher Auswertung der von der Staatsanwaltschaft Schwerin überlassenen Ermittlungsakten und nach Einholung weiterer rechtsmedizinischer Gutachten darstellt.

Danach hat sich am 27.06.1993 in Bad Kleinen folgendes ereignet:

Nachdem Birgit Hogefeld und der Verfassungsschutzmitarbeiter Klaus Steinmetz im Tunnel unter dem Bahnhof von Bad Kleinen von GSG 9 Beamten überwältigt worden waren, rannte Wolfgang Grams die Treppe zum Bahnsteig 3/4 hinauf. Ihm folgte ein Spezialeinsatztrupp von GSG 9 Beamten, die bereits auf der Treppe das Feuer auf Wolfgang Grams eröffneten. Wolfgang Grams erreichte den Bahnsteig und bog um das linke Geländer des Treppenaufganges. Hier drehte er sich mit dem Rücken zu Gleis 4 und der Vorderseite zum Aufgang. In dieser Position zog er eine Pistole mit der rechten Hand. Auf dem Bahnsteig befand sich nun auch der ihm nacheilende Polizeitrupp und feuerte auf ihn aus ca. 1,50 Meter Entfernung. Wolfgang Grams

wurde getroffen und rückwärts vom Bahnsteig auf das Bahngleis 4 vor die Bahnsteigkante geschleudert. Die GSG 9 Beamte Nr. 3 und 6 setzten unmittelbar nach. Wolfgang Grams umklammerte zu diesem Zeitpunkt die Pistole mit der rechten Hand. Sie wurde ihm von einem der beiden nachgeeilten GSG 9 Beamten mit einem Entwindungsgriff abgenommen. Mit einem aufgesetzten Nahschuß wurde ihm von diesem GSG 9 Beamten in die rechte Schläfe geschossen. Der Schuß war tödlich. Der GSG 9 Beamte Nr. 3 verließ das Gleisbett. Der GSG 9 Beamte Nr. 8 trat nun an das Gleis heran. Der gesamte Geschehensablauf dauerte nur wenige Sekunden.

Prof. Dr. Bonte, Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, hat im Auftrage der Eltern von Wolfgang Grams die dem Ermittlungsergebnis der Staatsanwaltschaft Schwerin zugrundeliegenden Gutachten überprüft und ist in zwei eigenen Gutachten zusammenfassend zu folgenden Ergebnissen gekommen.

I. "Hauptziel aller durchgeführten Untersuchungen war festzustellen, ob der tödliche Kopfschuß von Herrn Grams selbst abgegeben wurde, oder von einem der GSG 9 Beamten. Alle Gutachter gehen übereinstimmend davon aus, daß der Schuß aus der Brünner CZ 75 kam. Hieran ist nicht zu zweifeln. Indes beweist dieses nicht, daß Herr Grams diese Waffe bei Schußabgabe geführt hat.

Die Untersuchungen wurden durch strategische Fehler erheblich gestört, wodurch wichtige Rückschlüsse nicht mehr oder nur noch eingeschränkt möglich waren. Dieses wurde insbesondere von Züricher Gutachtern verdeutlicht. Sie sahen sich zu einer sicheren Differenzierung zwischen Selbst- und Fremdtäterschaft nicht in der Lage.

Eine sichere Beurteilung wurde ausschließlich von Prof. Brinkmann (Münster) vorgenommen. Er stützt die Annahme einer Selbsttäterschaft im wesentlichen auf zwei Argumente:

1. Die Waffe muß so schnell zu Boden gefallen sein, daß sie diesen erreichte oder nahezu erreichte, bevor ein zunächst nach oben spritzender Spray aus Blut und Gewebeteilen darauf herabregnen konnte. Nach Ansicht von Prof. Brinkmann wird diese Bedingung nur erfüllt, wenn man davon ausgeht, daß eine sofort einsetzende atonische Lähmung die Waffe aus der Hand freigab. Damit sei Selbsttäterschaft bewiesen.

2. Bei Fremdtäterschaft hätte die Bekleidung des Täters mi· solchen Partikeln bespritzt werden müssen; die entsprechenden Untersuchungen hätten aber ein negatives Ergebnis gehabt. Folglich sei Fremdtäterschaft auszuschließen.

In dem vorliegenden Gutachten wurden insbesondere diese Argumente einer eingehenden Analyse unterzogen. Sie kam zu dem Ergebnis, daß beide Argumente nicht zwingend oder falsch sind:

1. Die Waffe wurde im Augenblick des Einschusses bespritzt. Alle Gegenargumente sind sicher widerlegbar. Ein Rückschluß auf Selbsttäterschaft ist wissenschaftlich nicht

haltbar.

2. Anders als bei Prof. Brinkmann verliefen die Untersuchungen bei Prof. Bär (Zürich) positiv. Die Interpretation dieses Befundes ist allerdings durch fehlerhafte Handhabung erschwert. Fremdtäterschaft ist nicht zwingen abzuleiten. Keinesfalls ist sie auszuschließen.

Entgegen der Annahme von Prof. Brinkmann ist also weder Selbsttäterschaft bewiesen, noch Fremdtäterschaft auszuschließen. Eine sichere Differenzierung ist anhand der vorgelegten Untersuchungsergebnisse nicht möglich

Es erscheint lohnenswert, der Ursache der charakteristischen Hautabschüfungen auf dem rechten Handrücken von Herr Grams experimentell nachzugehen (Entwindungsgriff ?) und die wissenschaftlich angreifbaren Schußentfernungsbestimmung zu überprüfen."

II. Im Rahmens eines Ergänzungsgutachtens ging Prof. Dr. Bonte der Verletzung der rechten Hand von Wolfgang Grams nach. Dieses faßt er wie folgt zusammen:

"Die auf dem rechten Handrücken von Wolfgang Grams festgestellten bogenförmige Hautabschürfung und -rötung läßt sich widerspruchsfrei durch einen streifenden Kontakt mit dem Hahnende im Rahmen eines Entwindungsgriffs erklären. Form und Aussehen der Hautveränderung sind im Experiment in weitestgehender Annäherung reproduzierbar. Auch beim Herausziehen der zwischen Schotterbett und Gesäß eingeklemmten Hand hätte es im Prinzip zu einer Verletzung am gleichen Ort kommen können. Es ist unwahrscheinlich, daß dabei eine regelmäßige viertelelliptische Rötung ohne durchgehend sichtbare Hautabschürfung entstanden wäre. Mit Sicherheit wäre es zu einer umschriebenen Hautabschürfung in der Nähe des Daumengrundgelenks gekommen, nicht aber im handgelenksnahen Bereich, wie im vorliegenden Fall."

Aufgrund der vorgelegten Gutachten von Prof Dr Bonte ist die Behauptung der Staatsanwaltschaft, wonach Wolfgang Grams zwingend Selbstmord begangen haben soll, nicht mehr zu halten. Vielmehr besteht der hinreichende Verdacht, daß Wolfgang Grams die ihm zugeordnete Waffe entwunden worden ist, wodurch die charakteristischen Verletzungen an seiner rechten Hand entstanden sind.

Der von uns vorstehend beschriebene Geschehensablauf auf dem Bahnhof von Bad Kleinen ergibt sich exemplarisch aus der Zeugenaussage des BKA-Beamten Stock, der sich auftragsgemäß als Beobachter auf dem Stellwerk des Bahnhofes am geöffneten Fenster aufgehalten hat. Er hat seine Wahrnehmungen wie folgt beschrieben: "Beobachten konnte ich, wie eine Personengruppe vom Aufgang kommend sich der Bahnsteigkante näherte. Eine Person drehte sich dann in Richtung des Aufganges um. Zeitgleich mit dem Umdrehen hörte ich zwei Schüsse, auf die dann mit sehr kurzer zeitlicher Unterbrechung eine Salve von Schüssen folgte. Während die Schüsse fielen, wurde eine Person rückwärts auf die Gleise geschleudert, wo sie auf dem Rücken liegen blieb. Zwei Personen sprangen ihr nach und blieben neben der Person stehen. Dieser von mir geschilderte Ablauf spielte sich nach meiner Schätzung innerhalb von 10 bis 15 Sekunden ab."

Diese Beobachtung des BKA-Zeugen deckt sich im wesentlichen mit der Beobachtung weiterer Zeugen. Der Wahrnehmung Herrn Stocks kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil er als professioneller Beobachter des Geschehens auch ein "geschulter" Zeuge ist, der anders als sog. "Trouble-Zeugen" nicht in gleicher Weise affektgeladen am beobachteten Geschehen beteiligt war. Für die Glaubhaftigkeit seiner Angaben spricht ferner, daß er als einziger Zeuge über sämtliche Vernehmungen hinweg und ohne Widersprüche seine Aussage in allen entscheidenden Punkten aufrecht erhalten hat. Das weitere Geschehen konnte weder durch den Zeugen, noch durch andere Zeugen aufgehellt werden.

Als Fazit stellen wir fest, daß sich aufgrund des überwiegenden Teils der Zeugenaussagen für den Zeitraum bis unmittelbar vor dem tödlichen Kopfschuß schlüssig nur ein anderer als der von der Staatsanwaltschaft festgeschriebene Tatablauf ergibt. Die Staatsanwaltschaft Schwerin hatte behauptet, zwischen dem Ende des Schußwechsels auf dem Bahnsteig und dem Nacheilen der GSG 9 Beamte ins Gleis zum verletzten Wolfgang Grams habe eine Zeitspanne von 30 bis 60 Sekunden bestanden. Zeit genug für Wolfgang Grams, um sich selbst zu erschießen, was freilich niemand gesehen haben will.

Die einzige namentlich bekannte Tatzeugin, die Kioskverkäuferin, hat allerdings gesehen, daß zwei Männer neben Wolfgang Grams im Gleisbett standen und wie einer von ihnen, ein Mann mit weinroter Oberbekleidung auf den Oberkörper geschossen hat. Zu diesen Aussagen steht die Zeugin bis heute.

Infoveranstaltung zu Bad Kleinen am Fr. 17. Juni, 18 Uhr
TU-Hauptgebäude, Raum H 104, Straße d. 17. Juni

Der von uns geäußerte hinreichende Tatverdacht gegen den Beamten mit der Legendierung GSG 9 Nr. 3 als mutmaßlicher Todesschütze gründet sich auf folgende Erkenntnisse: Der Mann war Führer des Zugriffstrupps und für die Überwältigung eingeteilt, während andere Beamte, insbesondere die Nr. 6 u. 8 "sichern" sollten. Bei der Verfolgung von Wolfgang Grams lief der Beamte an dritter oder vierter Stelle und befand sich gemeinsam mit Nr. 6 hinter den Beamten Newrezella und Nr. 5. Nachdem diese beiden von Kugeln getroffen waren, befand sich Nr. 3 mit Nr. 6 daher an erster Stelle. Beide taten, was sie immer wieder geübt haben. Sie setzten dem Gegner sofort nach, um ihn in Handlungszwang zu bringen und um die Schußabgabe auf eigene Kräfte zu verringern. Nr. 8 befand sich dagegen ganz am Ende des Trupps und hätte daher die längste Zeit benötigt um zu Wolfgang Grams zu gelangen. Der Beamte GSG 9 Nr. 3 war zudem mit einem weinroten Sweat-Shirt bekleidet. Nach dem Einsatz zeigte er ein auffälliges Verhalten: Er wurde abseits geführt, als er einen Weinkrampf erlitt. Aufgrund eines ernstzunehmenden Hinweises aus dem Kreis einer am Einsatz beteiligteten Person wurde bekannt, daß der Todesschütze nach dem Einsatz noch am Bahnhof einer besonderen Betreuung zugeführt worden war. Vorher hatte er sich in den Tunnel zu Birgit Hogefeld begeben, die wehrlos am Boden lag, schlug ihr nach ihren Angaben ins Gesicht und fesselte sie in besonders brutaler Weise.

Die Forderung nach Anklageerhebung gegen die übrigen am direkten Zugriff beteiligten Beamte ergibt sich aus deren Mittäterschaft an der Ermordung von Wolfgang Grams. Diese bestand darin, daß sie den sich vor ihren Augen abspielenden Mord nicht zu verhindern suchten, sondern ihn bis heute zu verdecken helfen. Die juristische Qualifizierung als "Handeln durch Unterlassen" beruht auf ihrer Garantenstellung.

Die Frontpartie der Jacke und die Hose des Beamten GSG 9 Nr. 6 wiesen nach Erkenntnissen von Prof. Bär sowohl an der Hose als auch an der Frontpartie neben den breits bekannten Wischspuren am rechten Ärmel Blut von Wolfgang Grams auf. Die Jacke - wichtiges Beweismittel - ist allerdings auf wundersame Weise in Zürich verschwunden. Diese Tatsachen sind von der Staatsanwaltschaft Schwerin gänzlich ignoriert worden.

Aufgrund der zeitlichen Dichte des einheitlichen Geschehensablaufes und der Erkenntnisse der vorliegenden Gutachten muß sich die Staatsanwaltschaft Schwerin endlich folgenden Tatsachen stellen:

1. Das gesamte Geschehen spielte sich in wenigen Sekunden ab.

2. Noch bevor Wolfgang Grams auf das Gleis 4 stürzte, befanden sich die ihn verfolgenden Polizisten auf dem Bahnsteig.

3. Zwei der Beamte sprangen unmittelbar zu Wolfgang Grams in Gleisbett.

4. Hier wurde Wolfgang Grams die Waffe entwunden und der tödliche Schuß gesetzt.

5. Das ganze spielte sich vor den Augen der in unmittelbarer Nähe befindlichen übrigen Mitglieder des Zugriffskommandos ab.

6. Wolfgang Grams hat keinen Selbstmord begangen.

7. Es besteht somit hinreichender Tatverdacht gegen die GSG 9 Beamte wegen eines vorsätzlichen Tötungsdeliktes. Die Staatsanwaltschaft ist zur Anklageerhebung verpflichtet.

Andreas Groß
Rechtsanwalt

Thomas Kieseritzky
Rechtsanwalt

Redebeitrag zur Kundgebung am 4.06.1994 vor dem Flüchtlingslager Brand (Brandenburg)

Hallo, wir sind die Gruppe aus Berlin, die schon oft hier war und Sie auch weiterhin besuchen möchte. Wir grüßen Sie alle. Wir haben heute viele Freundinnen und Freunde mitgebracht. Wir sind antirassistische, antifaschistische und antipatriarchale Gruppen aus Berlin und Brandenburg und grüßen alle Flüchtlinge im Lager Brand. Wir haben Leute von der Presse mitgebracht. Wir verteilen gerade in Lübben Flugblätter zu der Situation im Lager.
Wir machen hier diese Kundgebung gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern wie Brand. Wir unterstützen Ihre Forderung, dieses Lager zu schließen.
Wir wollen Ihnen einige Informationen geben und unserer Forderung nach Schließung aller Lager und freier Wahl des Aufenthaltsrechtes für alle Menschen Ausdruck verleihen.
Die folgenden Beiträge werden auf rumänisch, bulgarisch, türkisch, vietnamesisch, serbokroatisch, englisch und deutsch gehalten.

Das bundesdeutsche Asylrecht wurde im Sommer 1993 faktisch abgeschafft. Aber schon seit Mitte der 70er Jahre war offensichtlich, daß durch eine schrittweise Verschlechterung der Bedingungen für Flüchtlinge die Inanspruchnahme des Grundrechts auf Asyl verhindert werden sollte.
Das Asylrecht galt nur solange, wie es nicht in Anspruch genommen wurde!
Flüchtlinge werden bewußt an der Einreise gehindert oder in die Illegalität getrieben. Dies geschieht mit Hilfe der faktischen Schließung der bundesdeutschen Grenzen für Flüchtlinge durch die Ernennung aller angrenzenden Staaten und fast aller Herkunftsländer zu sicheren Drittstaaten, aus denen eine legale Einreise unmöglich ist. Zusätzlich wird mit dem Aylbewerberleistungsgesetz erstmals ein Personenkreis bewußt aus der Sozialhilfe ausgegrenzt. Flüchtlingen wird eine menschenwürdige Existenz verweigert:

- die Unterbringung in Sammellagern
- Zwangsarbeit für 2 Mark pro Stunde
- die Verweigerung einer angemessenen medizinischen Grundversorgung
- die Ausgabe von Sachleistungen anstelle des sowieso zu knappen und für Flüchtlinge schon länger gekürzten Sozialhilfesatzes, der unter dem sog. Existenzminimum liegt.

Das sind nur einige Spitzen der gegenwärtigen menschenverachtenden Sonderbehandlung von Flüchtlingen in der BRD.
Da wir wissen, daß es für viele von Ihnen schwer ist, sich über die Situation in anderen Heimen zu informieren, und viele von Ihnen außerdem glauben, als Flüchtlinge sowieso keinerlei Chance auf Verbesserung Ihrer Situation zu haben, haben wir einige Beispiele von Kämpfen von Flüchtlingen gegen diese Politik zusammengetragen.
Die Auslegung und praktische Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes unterscheidet sich innerhalb der BRD erheblich. Z.B. bekommen in Berlin alle Flüchtlinge, die vor dem 1.11.1993 einen Asylantrag gestellt haben weiterhin Bargeld. Sachleistungen gibt es für alle anderen, aber nur für die Dauer von 1 Jahr.
In Baden-Württemberg wurden mit Ausnahme der Städte Mannheim und Heidelberg alle Flüchtlinge mit sog. Freßpaketen beliefert. In Freiburg wie in weiteren umliegenden Gemeinden verweigerten 3/4 der Flüchtlinge die Annahme dieser Pakete und organisierten Demonstrationen. Dies führte zur erneuten Auszahlung von Bargeld. Im April 1994 erstritt ein Flüchtling vor dem Verwaltungsgericht sein Recht auf Bargeld. In der Urteilsbegründung wird die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes als rassistisch bezeichnet.
In Hamburg traten Flüchtlinge in den Hungerstreik, um gegen ihre Unterbringung in Containerschiffen, für einen Abschiebestopp in ihre Heimatländer sowie gegen die Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention durch die BRD zu protestieren. In Köln führten Flüchtlinge einen Hungerstreik und Demonstrationen durch, um gegen ihre Versorgung mit Sachleistungen zu protestieren. Weitere Hungerstreiks gab es in Mecklenburg - Vorpommern (Teterow und Malchin) und auf dem Flughafen Frankfurt/Main, um die Einreise und das Stellen eines Asylantrages zu erzwingen
Selbst in Brandenburg, das eine für Flüchtlinge besonders harte Auslegung des Asylrechts praktiziert, weigern sich die Städte Frankfurt/Oder und Fürstenwalde Magazine einzurichten und Sachleistungen auszugeben. In Schulzendorf kam es zu einem Hungerstreik gegen die Sachleistungen und massiven Widerstand auch von Seiten der einheimischen Bevölkerung gegen die Verlegung der Flüchtlinge in das Lager Brand. In Seelow stürmten Flüchtlinge das Magazin, um sich mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen.

Einige dieser Aktionen waren erfolgreich für die Flüchtlinge, andere Proteste wurden von staatlicher Seite niedergeschlagen.

Wir als in Deutschland lebende antirassistische, antifaschistische und antipatriarchale Gruppen wenden uns entschieden gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern wie Brand.
Die deutsche Asylpolitik bedient sich zunehmend faschistischer Mittel. Mittel, mit denen totale Herrschaft über Flüchtlinge ausgeübt werden kann und schon wird. Das Lagersystem ist eins davon. Lager stehen für Aussonderung und Isolierung von Menschen. Die Lagerunterbringung ermöglicht umfassende Kontrolle und verfolgt das Ziel schnell und reibungslos abschieben zu können. Z.B. wurden 1993 laut Innenminister Kanther 36.000 Flüchtlinge weitgehend unbemerkt von der Bevölkerung abgeschoben.
Die Lebensbedingungen in den Lagern und Sammelunterkünften sind bewußt unmenschlich gehalten, so daß v.a. seit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes im November 1993 viele Flüchtlinge das Land scheinbar freiwillig schon vor Ende ihres Asylverfahrens verlassen.

Im Zuge des Kampfes gegen die menschenverachtende Asylpolitik fordern wir an diesem Ort die Schließung des Lagers in Brand !
Wir fordern die Abschaffung aller Lager und Sammelunterkünfte !
Wir fordern die freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle !

- Die Flüchtling berichten von willkürlichen Akten der Lagerleitung, die vom Arbeiter-Samariter-Bund gestellt wird. Bei entsprechendem Wohlverhalten werden einzelne Flüchtlinge begünstigt. Diese erhalten Einzelzimmer, während die anderen sich 12-qm-Räume zu dritt teilen müssen.

Ebenso verhält es sich bei der Vergabe von Arbeit. Flüchtlinge, die trotz des geringen Arbeitslohns vom zwei DM pro Stunde aufgrund finanzieller Not arbeiten wollen, bekommen keine Arbeit; andere wiederum werden zu der sog. gemeinnützigen Arbeit innerhalb des Lagers gezwungen. Viele Flüchtlinge halten aus Angst vor Repression mit ihrer Kritik an den herrschenden Zuständen zurück.

- Seit Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes können Flüchtlinge nur noch in dem auf dem Lagergelände eingerichteten Laden mit Warengutscheinen (295 DM für den sog. Haushaltsvorstand, der Rest der Familie erhält noch weniger) einkaufen. Die Preise in diesem Laden sind überteuert, Lebensmittel oft von schlechter Qualität, z.T. auch mal vergammelt. Vor allem aber reichen die Gutscheine nicht bis zum Ende des Monats, so daß es in den letzten Tagen des Monats nichts mehr zu essen gibt.

Wenn der Bundesgeier abstürzt...

Militärische Jubelfeier der Bundeswehr in Berlin

Im Namen des Kanzlers, es ist endgültig: den widerwärtigen "Verabschiedungen westalliierter Truppen in den letzten Wochen und Monaten soll ein monströser Abschluß der ganz besonderen Art folgen, die Parade aller Paraden.

Am 8.9., in der heißen Phase des bevorstehenden Bundestagswahlk(r)ampfs mit seinen zu erwartenden Taumeln nationalistischer Propaganda und Selbstddarstellung, wird es passieren: "Großer Zapfenstreich" im Oympiastadion, der Gastgeber dieses höchsten aller militärischen Zeremoniale: die deutsche BUNDESWEHR, natürlich.

Der Große Zapfenstreich wurde erstmals 1838 in Berlin gespielt; seine Bestandteile: "Locken zum Zapfenstreich - Zapfenstreich der Kavellerie - Zeichen zum Gebet ('Helm ab zum Gebet...ich bete an die Macht der Liebe') - (...) - Nationalhymne". No comment.

Diese "Veranstaltung" ist als der letzte große Profilierungsversuch, der letzte PR-Gag der Regierung Kohl vor dem "Einheizfest" am 3.10. in Bremen zu werten. Und für die Bundeswehr soll Terrain sondiert werden. Eine militärische Jubelfeier als propagandistische Untermalung des neuen Politstils, des "Modell *Groß*Deutschland".



Bremer Weser-Stadion, 6. Mai 1980

"Ja, Menschlichkeit" - wie weit dürfen SIE sich trauen, wie kann der breiten Bevölkerung, den unbewußten Massen, der ultimative Stempel der Militarisierung aufgedrückt werden. UNO-Blauhelmeinsätze, humanitäre Hilfe, Sicherung von Rohstoffinteressen, Out of area/ UNO-Kampfeinsätze.

Dieser Große Zapfenstreich ist nach vorsichtigen Tastversuchen als massiver Profilierungsversuch der Bundeswehr nach fast eineinhalb Jahrzehnten zu werten. Angesichts der bevorstehenden "neuen Aufgaben deutscher Streitkräfte", des bevorstehenden, mit großen Feiern angekündigten 40jährigen Bestehens der Bundeswehr 1995, kommt diesem Militärspektakel allerhöchste Bedeutung zu.

Und die Bundeswehrführung versteht es brilliant, sich im Verabschiedungskreis der drei Westalliierten zu tarnen. Interessant auch, wie sensibel bereits im Vorfeld reagiert wird: stand noch bis vor kurzem eine Truppenparade besagter Teilnehmer von der Sie- gessäule zum Brandenburger Tor zur Disposition, so wird sich jetzt in diesem Punkte beharrlich ausgeschwiegen.

Von vornherein klar hingegen ist die Verweigerung einer Teilnahme der russischen Streitkräfte, dem einzigen Legitimationsfaktor dieser Parade, so sie denn überhaupt stattzufinden hätte. Nicht nur das die Rote Armee die Hauptlast des Krieges und der Befreiung Deutschlands trug - die Zahl der Opfer spricht für sich - , nein, sie soll auch noch ein weiteres Mal gedemütigt werden; die konsequente Umschreibung der Geschichte.

Es sollten sich alle nachhaltig bewußt machen, welche Bedeutung der 8.9./ 3.10. besitzen. Berliner Olympiastadion 1994, Bremer Weserstadion 1980 - Berlin 3.10.1990, Bremen 3.10.1994. Wir sollten diese Analogien im Hinterkopf behalten, denn es bietet sich die Chance, weg von der permanenten "Feuerwehrpolitik", dem andauernden "Reagieren" zu kommen und wieder selbst aktiv zu werden, Inhalte zu formulieren und mit vielfältigsten legalillegalen Aktionen breiten Widerstand vorzutragen.

Widerstand ist keine Frage- subversiv sein , alle Tage!



HEITER BIS WOLKIG UND BAND

ERKLÄRUNG

Köln, 2.6.1994

Unsere Sketsche und Lieder sind nicht eindeutig.
Satire provoziert. Sexismus wird von uns nicht unterstützt.

Zur Vergewaltigungsdebatte:

Niemand in Band und Tourneecrew hat nach detaillierter Kenntnis des diesem Mitglied vorgeworfenen Vorfalles und nach langen Diskussionen noch irgendwelche Probleme, wieder gemeinsam aufzutreten. Für Heiter bis Wolkig ist das angegriffene Gruppenmitglied kein Vergewaltiger.

Davon sind wir überzeugt.

Wir gehen weiter auf Tournee.

Dies ist unsere letzte Stellungnahme zum Thema.



KEIN BITBURG UNTER DEN LINDEN!

Keine Anerkennung der Kranzabwurfstelle Neue Wache!

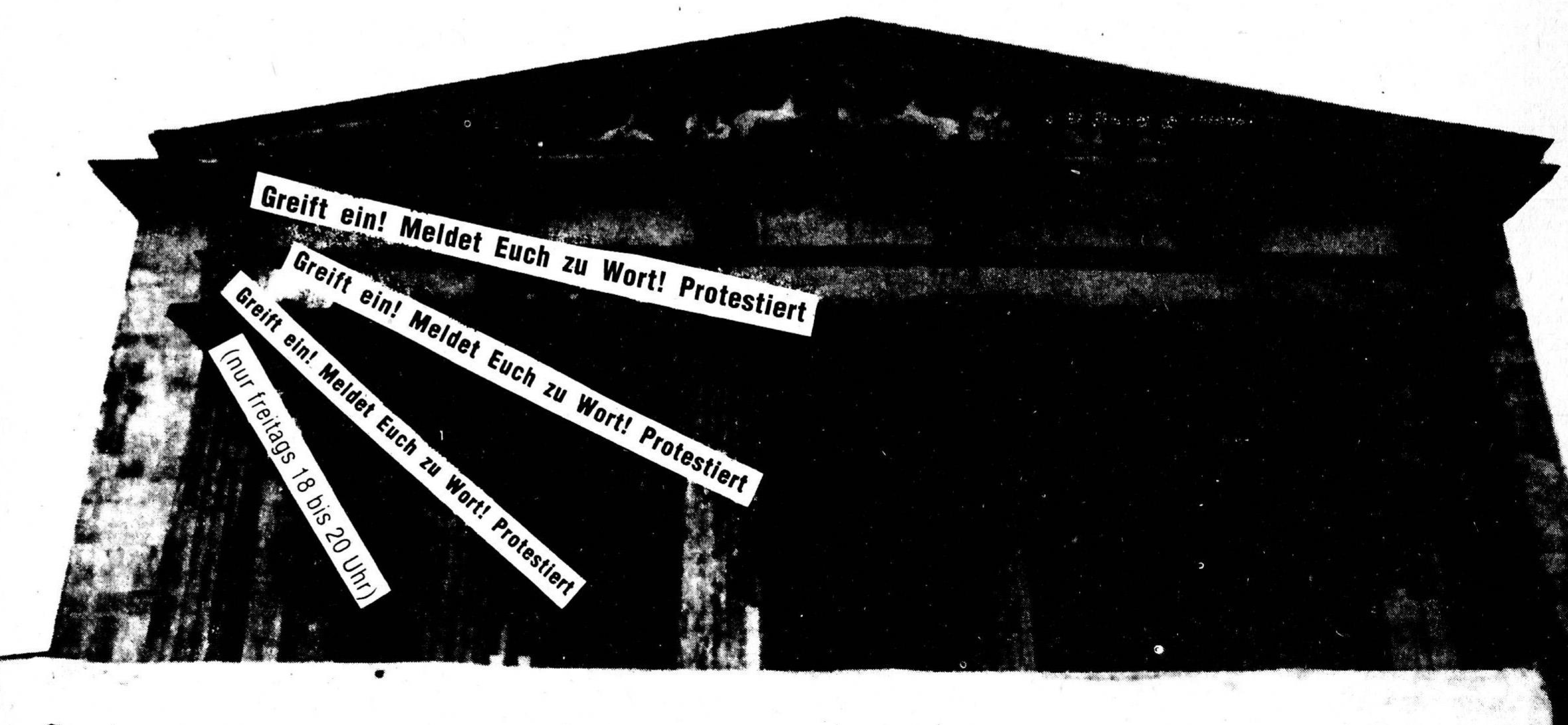
Am 12. Juli wird sich der Präsident der USA, Bill Clinton, als Staatsgast in Berlin aufhalten. Ein Kranzabwurf in der im November 1993 eröffneten Neuen Wache, der »Zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft«, gehört mittlerweile zum Bestandteil des Protokolls bei Staatsbesuchen. Die Neue Wache steht für die Gleichsetzung der Täter und Opfer des Nationalsozialismus. Die in Deutschland betriebene Politik der Verdrängung und Relativierung der Verbrechen des Nazi-Regimes findet hier an herausgehobener Stelle ihren Ausdruck. Diese Politik soll international anerkannt werden. Nach dem Besuch des norwegischen Königs im April 94 würde Bill Clinton der nächste Staatsgast sein, der die Neue Wache anerkennt.

In Bitburg reichten sich am 5.Mai 1985, zum 40.Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, Bundeskanzler Kohl und der damalige US-Präsident Reagan über den Gräbern von SS-Soldaten die Hände zur Versöhnung. Wird es am 12.Juli 94 ein Bitburg Unter den Linden geben?

»Vor dieser ›Gedenkstätte‹ Andacht und Weihe? Nein und abermals Nein! Wohl aber Trauer, Wut und der Schwur: ›No pasaran‹ –: damit, falsche Sinnstifter, werdet ihr nicht durchkommen! Die wahren Opfer Hitlerdeutschlands, seines Angriffskrieges und seiner Gewaltherrschaft, werden einen längeren Atem haben als die Geschichtsequilibristen der Kohlschen Legislaturperioden.«

(Ralph Giordano, in: DAS 19.11.93)





Miethaie zu Fischstäbchen

Yorckstraße 59 -

die Plenzki-Bande hat sich verspekuliert!!!

Hallo!
Mit diesem Papier wollen wir, einige aus der Yorckstr. 59, vermitteln, was der aktuelle Stand der Dinge in unserem bedrohten Hausprojekt ist, nachdem wir unseren Hausbesitzer jetzt losgeworden sind.
"Wir als Haus" - das sind ca. 60 Frauen und Männer, die in mehreren 3-14er WGs wohnen, die Antirassistische Initiative, die Afrikanische Fraueninitiative und eine Veranstaltungsetage für unterschiedlichste Aktivitäten. Auch wenn wir keine politisch homogene Gruppe sind, haben wir doch immer wieder gemeinsam was auf die Reihe gekriegt.
Im Dezember 1988 haben wir unsere vier Fabriketagen gemietet und ausgebaut. Unser Mietvertrag läuft 11 Jahre mit der Möglichkeit der Verlängerung, wobei festgelegt wurde, daß zum 1.1.94 die Miete entsprechend der in der Gegend gestiegenen Gewebemieten, aber nach "billigem Ermessen", neu ausgehandelt werden kann.
Anfang 1993 wurde das Haus verkauft. Wir fanden heraus, daß sich hinter der neuen Hausverwaltung GWF, als Hausbesitzerin, eine Tarnfirma des berüchtigten Skandalarchitekten Dietrich Garski (bekannt durch den Sturz des SPD-Stobbe-Senats Anfang der 80er Jahre) verbirgt. Die Gruppe ART deckte in den Interims 249 und 261 auf, daß die GWF und die Hausbesitzerfirma Labani Teil eines weitverzweigten Firmenkonglomerats der Herren Penz, Pleß, Garski (=Plenzki-Bande) sind. Dessen Tätigkeitsbereiche sind:
Betrieb und Neubau der Sorat-Hotelkette, Aufkauf und Modernisierung von Gewerbeimmobilien (CBN, E.I.N.S.T.E.I.N.), Baufirmen (Eltec) und der Betrieb von Obdachlosen-, Flüchtlings- und AussiedlerInnenheimen (SORAT, GIERSO), Wachschutz (BOSS).
Unsere neuen Vermieter gehören also zu den Trägern der Umstrukturierung und Profiteuren von Armut und Obdachlosigkeit.

Nach teilweise recht müßigen Diskussionen über den Weg, den wir beim Kampf um den Erhalt des Hauses bzw. der Miethöhe nehmen könnten, fanden wir im Herbst dann einen Ansatz, der schon länger auf der Hand lag und uns Möglichkeiten bot, politisch in die Offensive zu gehen: So bilden die Verstrickungen des Firmenkonglomerats eine gute Angriffsfläche. Denn leicht läßt sich zeigen, daß Penz & Co ihre aktive Beteiligung an der Umstrukturierung Berlins - z.B. durch Hotels wie am Prenzelberg und die Vertreibung von MieterInnen aus Gewerbehöfen wie in der Reichenbergerstraße 36 und der Yorck 59 - nur aufgrund der Millionengewinne, die sie mit ihren SORAT- und Gierso-Heimen machen, finanzieren können. Wir wollten die Verursacher und Profiteure von Obdachlosigkeit und Vertreibung konkret beim Namen nennen und auf verschiedenen Ebenen gegen sie vorgehen. Außerdem war uns die Zusammenarbeit mit Initiativen gegen Obdachlosigkeit, Hauptstadtwahn und Umstrukturierung der Kieze und Flüchtlingsgruppen wichtig, gerade weil einige von uns schon lange in diesen Bereichen arbeiten.

Wir setzten darauf, daß Penz, der mit ca. 60 eigenständigen Firmen um die 6000 Menschen beschäftigt und einen Jahresumsatz von 1 000 000 000 Mark macht, empfindlich auf Aktionen gegen seine Machenschaften reagieren würde. Seine Zusammenarbeit mit dem Skandalarchitekten Garski und die schlechte Presse zu SORAT und Gierso als Heimbetreibern waren zwei Schwachstellen, die wir aufgreifen wollten.

So machten wir uns - einige aus einem prinzipiellen Interesse an politischer Arbeit gegen so eine gefräßige Spekulantenbande, alle jedoch aus der konkreten Betroffenheit (dem drohenden Rauschmiß durch Mieterhöhung) - daran, dem Plenski-Miethai in die Suppe zu spucken, auf daß er die Yorck wieder auskotze und letztendlich an seiner Gefräßigkeit ersticke!
Mit unterschiedlichen Interessen und Ideen im Haus fingen wir an, an die Öffentlichkeit zu gehen und Kontakte zu knüpfen. Wegen der unterschiedlichen Ansätze haben wir auf verschiedenen Ebenen gearbeitet: Recherchearbeit; Öffentlichkeit und Kontakte im Kiez herstellen; Aktionen gegen unsere Hausbesitzer-Bande bis hin zu aktiver Pressearbeit und Bezirksamtskontakten.

In unserer Nachbarschaft machten wir Infostände auf 2 Kiezfesten; 2 Kiezkundgebungen; eine Kundgebung vor dem Kreuzberger Rathaus gegen die Vertreibung von MieterInnen und Projekten aus dem Kiez und gegen Geschäfte des Bezirks mit der Plenzki-Bande - sie endete mit einem Kurzbesuch der BVV. Im Mai gabs einen Kiezspaziergang durch Kreuzberg 61.



Das Saubermänner-Image der Plenzki-Bande versuchten wir zu schädigen: Happening und Kundgebung vor dem SORAT-ART-Hotel in der Joachimstalerstr. im Rahmen der Häuser- und Wagenburgentage im Oktober 93; Kundgebung vor dem Firmensitz der meisten Penz-Firmen am Einsteinufer 63-65. Auf dem Hearing "Keine Millionen für Läusepensionen", auf dem Pleß für SORAT als privater Betreiber von Obdachlosenheimen auf dem Podium saß, setzten wir einen Redebeitrag gegen ihn durch.
Wir beteiligten uns an den Aktionen des "Initiativkreises 'Boykottiert die SORAT-Hotels'", z.B. gegen den SORAT-Hotel-Stand auf der ITB, bei einem Empfang von ITB-Promis im Gustavo-SORAT--Hotel Prenzlauer Alle. Ferner wurde von verschiedenen Initiativen sowohl die interne als auch die öffentliche Eröffnungsfeier des Gustavo-Hotels gestört. Wobei an einem der beiden Tage selbst uns das Flugi-verteilen im Hotel durch unangenehme Ausdünstungen schwer gemacht wurde. Und sogar in Düsseldorf fand eine Kundgebung vor einem SORAT-Hotel statt!

Gleichzeitig haben wir uns in den vergangenen Monaten kontinuierlich darum bemüht, die Presse zu mobilisieren.

Außerdem wurde trotz Widersprüchen im Haus und schlechter Erfahrungen anderer Projekte und Gruppen Kontakt zu einigen StadträtInnen und BVV-Abgeordneten im Bezirksamt Kreuzberg aufgenommen. Wir schilderten unsere Situation, machten klar, daß wir hier nicht einfach gehen werden, und erfuhren, daß Garski, obwohl offiziell nicht geschäftsfähig, als Bevollmächtigter all der Firmen seiner Frau im Bezirksamt ein und aus geht. Die BVV verabschiedete einen von der SPD eingebrachten Antrag für die Erhaltung unseres Hausprojekts.
Der AL-Volksbildungsstadtrat Jordan spielte uns gegenüber eine ziemlich unrühmliche Rolle: Um seine Dealereien mit Garski um ein Schulgelände am Tempelhofer Ufer nicht zu gefährden, versuchte er, uns unter Druck zu setzen, doch "keinen Krieg gegen unseren Vermieter" zu eröffnen - wir sollten lieber stillhalten und seine Vermittlung abwarten!

Die Reaktionen auf all das waren sehr unterschiedlich. Die Beteiligung an Aktionen durch UnterstützerInnen war eher gering und das Presseecho nur im April etwas massiver, als wir unseren ersten Termin um die Aushandlung der neuen Miete hatten. Dafür aber reagierten "unsere" Spekkis umso empfindlicher. Während Penz sich bei unserer ersten Kundgebung vor dem SORAT-ART-Hotel im Oktober noch recht locker zeigte - vielleicht weil wir ihn peinlicherweise nur mit Nichtbeachtung "straften" - wurde bald klar, daß ihm diese Art von Öffentlichkeit ganz und gar nicht paßte. So wurde z.B. eine Malerfirma damit beauftragt, die in der Stadt auftauchenden Parolen, in denen die Namen Penz, Pleß, Garski und ihre Firmen vorkamen, zu überpinseln. Auch auf dem Hearing zu Obdachlosigkeit war Penz persönlich anwesend und reagierte nervös auf unsere öffentlichen Äußerungen zu seinen miesen Geschäften.
Daß wir zum Verhandlungstermin im April bei der GWF statt mit einer kleinen Delegation zu 30st ankamen und den ganzen Betrieb etwas durcheinanderbrachten, hat sie offensichtlich auch gestreßt: der Termin platzte.
Kurz darauf erhielten zwei Zeitungen von Pleß persönlich Schreiben, in denen er die "andauernde Schmutz- und Beschmierkampagne" gegen die Penz-Gruppe beklagte und ankündigte, daß sie es nun leid seien, deshalb die Hausverwaltung abgegeben hätten und sogar den Verkauf des Hauses beabsichtigten! (s. Kopien)
Zudem wurde Garski bei seinen Gängen zum Bezirksamt Kreuzberg wegen verschiedener Bauprojekte im Bezirk auf uns angesprochen und spielte den Wolf im Schafspelz: von wegen, er wolle ja keinen Ärger und würde die Hausverwaltung zu einer sanften Gangart mit uns anweisen.

All das zeigt deutlich, wie schlecht die Penz-Pleß-Garski-Bande auf das Breittreten bestimmter Zusammenhänge ihrer Machenschaften und auf nicht von ihnen gesteuerte Öffentlichkeit zu sprechen ist. Müht sich doch vor allem Penz seit Monaten, Jubelartikel über sich in der Presse zu lancieren. Der aufstrebende, uneigennützige Unternehmer aus "einfachen Verhältnissen", hat nur das Wohl der teutschen Wirtschaft, den Erhalt von Arbeitsplätzen in Ex-DDR Betrieben und die Hilfe für arme AussiedlerInnen, Obdachlose usw. im Sinn. So sponsorte die SORAT im letzten Jahr zynischerweise die Protestaktion der AG Wohnungsnot "Nacht der Obdachlosen"!
Die gute PR für den sauberen Newcomer am Spekulantenhimmel hat jetzt bis zur Krönung zum "Unternehmer des Jahres" gereicht. Und diese Art Publicity hat er wohl nötig, steht doch sein gesamtes





Pleß auf dem Hearing

SORAT ART HOTEL BERLIN

Aktion vor dem Hotel Joachimstalerstr.

Firmenkonstrukt wahrscheinlich auf wackligen Füßen: Zwar gründete Penz schon 1971 die weltweit tätige Eltec KG (Elektroanlagenbau), doch die ersten Heime und SORAT-Hotelfirmen erst 1989, und bis Ende 1995 will er BRD-weit 20 Hotels eröffnen. Relativ neu sind auch die Investitionen in "abgewickelte" Ostfirmen (siehe Kasten), wie überhaupt sehr viele Firmen erst in den letzten drei Jahren gegründet worden sind. Diese riesigen Investitionssummen in den letzten 4, 5 Jahren sind sicherlich auch auf Kreditbasis geflossen. D.h. der gesamte Firmenkomplex der Penz-Gruppe ist vermutlich noch in einem finanziell relativ instabilen Stadium und spekuliert in Berlin auf die rasche Durchsetzung der Hauptstadtplanung. Dabei kann er sich keinen schlechten Ruf als Profiteur an Obdachlosigkeit und Flüchtlingselend sowie Streß mit widerspenstigen HausbewohnerInnen leisten. Jetzt ist sein mühsam aufgebautes soziales Image etwas angeschlagen. Wenn sich sein schlechter Ruf erst festgesetzt hat, riskiert er, daß eins seiner Projekte ihm auf die Füße fällt. Und was er noch alles für schmutzige Geschäfte zu verbergen hat, können wir nur ahnen (siehe Schneider).

Daß wir versucht haben, diese Geschäfte aufzudecken und sie in ihrer Ruhe gestört haben, ist ein Grund, warum sie unser Haus verkauften. Doch wenn Penz und Co jetzt auf einen ruhigen und profitablen Lebensabend hoffen, haben sie sich gründlich verspekuliert! Schließlich sind die zahlreichen AktivistInnen gegen Penz und seine SORAT-Heime und -Hotels entschlossen, ihm weiterhin kräftig auf die Finger zu hauen.
Wie schon ART (Grüße!) im Oktober '93 schrieb: "Hier reicht ein Stolperstein, ein unvollendetes Projekt, ein schlechter Ruf in der Öffentlichkeit wegen stinkender Hotels, kleine Zahlungsschwierigkeiten - und sein ganzes Kreditkartenhaus bricht zusammen. Arbeiten wir daran!" Z.B. demnächst bei den Hoteleröffnungen in der Rudower Str. und am Spreebogen!

Für uns zeigt der Verkauf unseres Hauses, daß auch große Hausbesitzerfirmen angreifbar sind. Das macht - hoffentlich nicht nur uns - Mut, auch wenn wir bisher nur den ersten Versuch einer Mieterhöhung verhindert haben. Ob es demnächst eine zweite Runde mit dem neuen Hausbesitzer gibt, wird sich zeigen. Wenn ja, dann wird auch er nichts zu lachen haben. Denn eins wissen wir alle: UNS KRIEGEN SIE HIER NICHT RAUS!!!
STOPPEN WIR DIE PENZ-PLEß-GARSKI-BANDE!!
GEGEN VERTREIBUNG UND UMSTRUKTURIERUNG DER STADTTEILE !!!

Unser neuer Hausbesitzer wohnt in Florida. Die Hausverwaltung macht die Gesellschaft für Berlinische Liegenschaften und Vermögensverwaltung mbH, Sitz Uhlandstr. 20-25, Geschäftsführer (Gf.) sind Karsten Brumm und Daniel Rott. Die Hausverwaltung "Sorger, Buth & Koschig OHG" (mit den selben Typen als Gf. und Sabine Schneider als Prokuristin), und die "Tectum Michael und Jobst Burdensky Immobilien Verwaltung von Grundbesitz OHG" sitzen im selben Büro und haben das gleiche Signet.
WER WEISS WAS ÜBER DIESE FIRMEN UND PERSONEN?
Infos bitte sofort an uns!

HAUSVERWALTUNGS-GMBH Einsteinufer 63/65 10587 Berlin

mob das Straßenmagazin
BIN e.V.
c/o Beratungsstelle
Levetzowstraße 12 a

10555 Berlin

GWF
HAUSVERWALTUNGS-GMBH

Einsteinufer 63/65
10587 Berlin
Telefon: 030-342 00 46
Telefax: 030-341 10 41
Telex: 184 132

21. April 1994
st/607

Yorckstraße 59
Berlin-Kreuzberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

uns liegt die neueste sog. "Presseerklärung" des Vereins Färbung e.V. vor.

Die gegenüber Eigentümer und Hausverwaltung erhobenen Vorwürfe sind ebenso wie die seit Monaten bereits andauernde Schmutz- und Beschmierkampagne unrichtig.

Es sind weder gerichtliche Verfahren wie Räumungsklage etc. anhängig noch hat die Hausverwaltung je die Räumung der gemieteten Flächen verlangt. In dem mit dem Voreigentümer abgeschlossenen Vertrag war für 01.01.1994 eine Anpassung der Miete vereinbart worden.
Gespräche hierüber hat der Verein Färbung e.V. abgelehnt und den von der IHK Berlin benannten unabhängigen Sachverständigen den Zugang zu den Mietflächen verwehrt.

Der monatelangen unberechtigten und bösartigen Schmutzkampagne leid, hat die GWF Hausverwaltung am 14. April 1994 die Verwaltung des Hauses niedergelegt. Dieses ist dem Verein Färbung angezeigt worden.

Die Eigentümerin wird das Haus aus den gleichen Gründen noch in dieser Woche veräußern.

Jede anderslautende Äußerung werden die ehemaligen Eigentümer und die bisherige Hausverwaltung gerichtlich verfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

GWF Hausverwaltungs-GmbH

- Wiedenhöft -

Neues von der Plenski-Bande - (alles andere lest bei ART in den Interims 249 und 261 nach)
Penz' Firmenaufkäufe in der Ex-DDR sind: Hochbau Frankfurt/Oder GmbH, Strebedt Ingenieur- und Hochbau Eberswalde, Elas Elektrotechnik Wittenberg, die Mühlen- und Maschinenwerke Wittenberg (MMW) und die Magdeburger Hochbau (das zweitgroßte Bauunternehmen Sachsen-Anhalts, Hauptfeld Wohnungsbau, 1500 Arbeitsplatze, Investitionssumme 45 Millionen. Penz will außerdem 165 Millionen in Eigenprojekte investieren, womit die Hochbau beauftragt werden soll). Außenstellen dieser Firmen gibt es unter anderem in Schwedt, Strausberg, Eisenhüttenstadt, Halberstadt und Stendal.
In diesem Jahr will Penz in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Berlin rund 500 Millionen Mark Umsatz erreichen, das sind ca. 50% des Gesamtumsatzes der Penz-Gruppe. 100 Millionen hat er bisher in den Bau- und Ausrustungsbereich in den neuen Ländern investiert. Im Januar waren 3000 Bauarbeiter in Ostdeutschland, BRD-weit uber 5500 beschaftigt.
Seit kurzem kooperiert er auch mit einer elektrotechnischen Firma in Litauen, hat einige Bürohäuser in Prag gebaut und ist auch in Posnan (Polen) aktiv im Geschaft.
Penz ist Hauptsponsor der Handballbundesliga-Frauschaft in Frankfurt/Oder.
Die CeGe Immobilien GmbH heißt seit Januar '94 E.I.N.S.T.E.I.N. Immobilien (Gf. K. Garski) und vermietet den Gewerbehof am Tempelhofer Ufer, wo teure Büroraume entstehen. Garskis CBN machte hier die Projektentwicklung.
Im Dezember '93 wurde die Global Travel & Business Service GmbH, Sitz ebenfalls Einsteinufer, gegrundet; Vermittlungstätigkeit rund um Tourismus; Gf. ist Nicolas Meißner.
Penz' Wachschutzfirma BOSS, Schoneberger Ufer 77, erweiterte sich um 2 weitere Firmen: BOSS Reinigungsdienste und BOSS Handels- und Vertriebsgesellschaft.
Ein SORAT-Hotel in Brandenburg wird auf einem Grundstück gebaut, das ursprünglich als archäologische Fundstätte ausgewiesen und für eine Bebauung gesperrt war.
Wohnungs- und Geschäftshäuser werden von Penz an der Rittbachstr./Hellersdorf (Wohnungsbau staatl. gefördert), Kosten 6 Mrd. DM; Pistoriusstr./Weißensee und in Velten, Investitionsvolumen 10 Mio DM, gebaut.
Das 220-Betten-Hotel am Spreebogen, als Teil des Freibergerkomplexes, wird zur Abwechslung mal ein Nobelhotel, Preise bis 370,- pro Nacht. In der Spree Bogen Generalunternehmen für technischen Service GmbH, Alt-Moabit 104, ist Penz Geschaftsfuhrer (Gf).
Die GeHaGe Grundstucksverwertungs- und Verwaltungs GmbH (Gf. waren bis '92 Pleß und bis '88 Penz, jetzt ist es Mario Miethig) sitzt auch am Einsteinufer. Ebenso die Helene-Lange-Straße 4 und 5 Grundstücksgesellschaft mbH (in Potsdam), gegrundet Mai '93, Gf. Katharina Garski (Garskis Tochter); die Penz & Pleß Potsdamer Str. in Ludwigsfelde oHG, gegr. Mai '93 (Errichtung u. Betrieb e. Hotels mit Freizeiteinrichtungen) und die Penz & Pleß in Altenhof oHG, gegr. Mai '94, (Errichtung u. Betrieb e. Hotels m. Freizeiteinr. im Dorf Altenhof, Kreis Eberswalde) - alle haben ihren Sitz am Einsteinufer 63-65!
Die bisher recherchierte Zahl der SORAT- und [illegible]-Heime beträgt

40, mit bis zu 700 Betten . Im Fluchtlingsheim Tegel nutzt SORAT die profitable Möglichkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes, daß die BewohnerInnen im uberteuerten Heim-eigenen Laden einkaufen müssen, statt Bargeld zu erhalten. Personalkosten sparen sie auch durch Zwangsarbeit der Flüchtlinge für 2,- die Stunde.
Die PeWoBe Wohnheim-Betreuungs-GmbH, Kurfurstenstr. 32, macht Geschäfte mit der Betreuung von Roma-Flüchtlingen, Gf. ist Peter Wittkop (ist mit Penz Gf. der Helmuth Penz & Partner Handel--Leasing-Vermietung oHG) u. zusammen mit Henner Borgstadt Gesellschafter (der ist mit Penz u. Pleß Gf. der Hotel Sorat Apollensdorf Helmuth Penz KG).
In der "Fapeg" Immobilien GmbH & Co. Hegelallee 5 Verwaltungs KG teilen sich Katharina Garski und Penz-Tochter Evelyn die 50 000,- Einlage, Gf. und "Papà"-Gesellschaft ist die "Fapeg" Immobilien-Verwaltungsges. mbH wo Penz Gf. ist. Sie verwaltet und betreut seit '93 geschlossene Immobilien-Fonds und Grundstucksverwaltungs-KGs.
Die H.F.P. Projektentwicklungsges. mbH (Gf. Penz) sitzt Neue Grünstr. 25/26, Zi. 216. Sie handelt mit Grundstucken, macht Projektentwicklung und Bau-Generalübernahmen.

YORCK 59 BLEIBT!



Helmut Penz, (57) SORAT-Eigner
Immobilien-Spekulant
verkalkuliert / Ruf ruiniert;
"Hätte ich nur gleich die Finger von der Yorckstr.59 gelassen;jetzt hänge ich wieder an der Flasche."
Wir empfehlen allen Spekulanten:
Finger weg von der Yorck 59

!Finger weg von unseren Jugendzentren !

Im Rahmen der allgemeinen Umverteilung von unten nach oben werden immer mehr soziale Einrichtungen und Jugendzentren geschlossen.
Auch den Jugendeinrichtungen in der Potsdamer Str. 180/182 (Potse , Drugstore, PallasT und Jugendcafé) droht jetzt die Schließung !!!

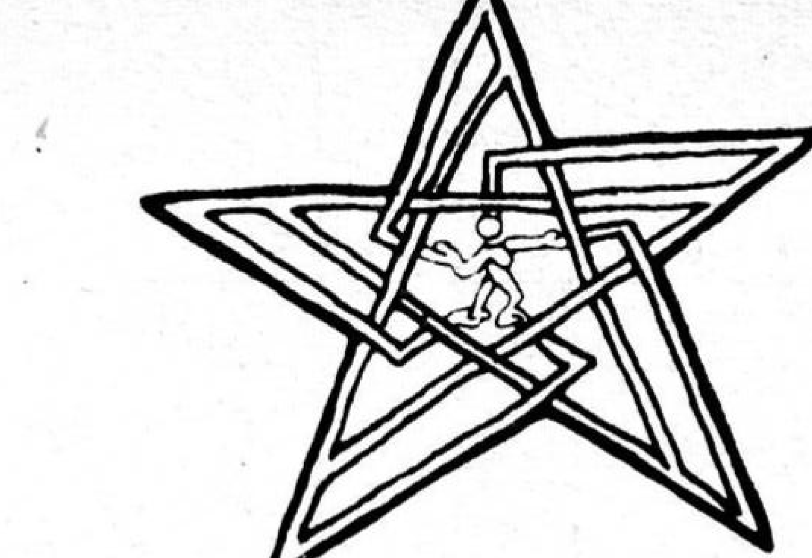
Das Drugstore existiert seit 22 Jahren und ist somit eines der am längsten existierenden selbstverwalteten Jugend-zentren in Deutschland.
Die Potse besteht seit 15 Jahren unter unterschiedlichen Bedingungen, mittlerweile auch selbstverwaltet, ohne Sachmittel und bezahlte MitarbeiterInnen. Selbstverwaltung bedeutet, daß wir viel Zeit und Kraft investieren, um diese Projekte für uns und andere am Laufen zu halten, aber auch, daß die Möglichkeit gemeinsamer Aktivitäten nach eigenen Vorstellungen und ohne bevormundende Aufsicht besteht.
Dazu gehören Konzert-, Film-, und Diskussionsveranstaltungen mit freiem Eintritt und korrekten Getränkepreisen, Tauschmarkt, Werkstatt mit Holz-, Metall- und Tonverarbeitungsmöglichkeiten(Montags: Frauentag), Fotolabor, Druckerei, Bandproberaum und vieles mehr...
Außerdem werden die Räume auch anderen Gruppen aus ganz Berlin und Umgebung, die keine Kohle, aber Motivation zur Mitarbeit haben, zur Verfügung gestellt.

Dies alles ist jetzt in Gefahr, da die BVG eine 2 1/2 fache Miete (fast 1 Mio jährlich für die vier Einrichtungen) fordert und öffentliche Stellen nicht zur Kost enübernahme bereit sind.

Zur Vorgeschichte:
Der BVG wurde 1987 der gesamte Gebäudekomplex Potsdamer/ Ecke Pallasstr. unter der Bedingung des Erhalts der Jugendeinrichtungen überschrieben, da das Bezirksamt die Sanierung nicht finanzieren konnte. Seitdem versucht die BVG uns rauszuschmeißen, z.B. 1991 durch Kündigung aufgrund von Antikriegstransparenten. Auch jetzt ist die BVG zu keinen Verhandlungen bereit, die den Erhalt der Jugendzentren sichern würde. Ihre "Argumente" hören sich so an: "Wir sind moralisch nicht verpflichtet, eine Jugendeinrichtung zu subventionieren"," Die bisherigen Mietpreise entsprechen nicht den Marktpreisen", "Wir sind kein Sozial-, sondern ein Wirtschaftsunternehmen". Die Absurdität dieser Argumentationen wird klar, wenn mensch bedenkt, daß die BVG den größten Teil der Gebäude selbst nutzt und schon jetzt über die Betriebskosten hinausgehend Miete kassiert, ohne jemals wirklich einen Kaufpreis gezahlt zu haben. Auch von Senats- und Bezirksamtsseite sind bisher keine konkreten Zusagen zu bekommen. Hier zeigt sich, wie schon durch Olympia- und Hauptstadtplanung, daß marktwirtschaftliches Denken und Handeln über die Interessen der Menschen hinweg zum obersten Gesetz gemacht werden.

!!! DAGEGEN WEHREN WIR UNS !!!

denn: 5



Es ist auch wirtschaftlich, überall rücksichtslos den maximalen Profit rauszuschlagen.

Es ist auch wirtschaftlich, Menschen z.B. im Sozial"palast" (Haus über dem Bunker in der Pallasstr.) auf engsten Raum zu zwingen und letzte Freiräume aus Kostengründen zu streichen.

Es ist auch wirtschaftlich, wenn für Menschen mit weniger Geld in der Stadt kein Platz mehr ist und sie in Ghettos an den Stadtrand vertrieben werden.

Es ist auch wirtschaftlich, bei geringerem Arbeitskraftbedarf ImmigrantInnen und auch die Familien derjenigen, die als Arbeitskräfte gerufen wurden und vieles mitaufgebaut haben, zu diskriminieren und mit Methoden bis hin zu Kriminalisierung und Abschiebung vom Reichtum in diesem Land auszuschließen.

Es ist auch wirtschaftlich, Jugendlichen die Möglichkeiten für selbstbestimmte Aktivitäten zu nehmen, weil Menschen, die immer wenig über sich bestimmen können, leichter lenkbar und abhängiger sind.

! Aber wir lassen uns nicht unterkriegen !

POTSE & DRUGSTORE

Achtet auf Plakate, Flugis, Zeitungen...

Außerdem:

Im Drugstore: immer: Montags: Frauentag (Werkstatt, Quatschen, Kickern..)
Dienstags: 19 Uhr PLENUM
Donnerstags: 20 Uhr Vokü
außerdem: jeden 1. Sonntag im Monat: Tauschmarkt
2. Sonntag im Monat: Tierrechtscafé (mit veganem Essen)
sowie Veranstaltungen am Wochenende..

In der Potse: immer: Mittwochs: 19 Uhr Plenum
Freitags: ab 19 Uhr Café KGB + Film-, Konzert und Diskussionsveranstaltungen
Samstags: je nach Programm

Neuigkeiten über die Situation von Mumia Abu-Jamal und eine Bitte um Unterstützung

Mumia Abu-Jamal ist ein ehemaliger Informationslieutenant der Black Panther Party und ein bekannter Radiojournalist aus Philadelphia. 1980 wurde er zum Präsidenten der Vereinigung Schwarzer Journalisten in Philadelphia gewählt. Er war und ist weit über die Stadt hinaus für seine engagierte Berichterstattung bekannt. Das FBI, die Polizei und das politische Establishment Philadelphias versuchten schon seit den 60er Jahren, Mumia Abu-Jamal zu kriminalisieren. Im Dezember 1981 wurde Mumia dann bei einem Angriff von Polizisten auf seinen Bruder schwer verletzt; ein Polizist wurde bei dieser Polizeiaktion erschossen. Die Polizei und die Stadtregierung Philadelphias verbreiteten schon 24 Stunden nach dem Vorfall, daß Mumia der Mörder des Polizisten gewesen sei.

Am 4.7.1982 wurde er dann von einer mehrheitlich weißen Geschworenenjury und einem weißen Richter, der als der "Henker von Philadelphia" bekannt ist, zum Tode verurteilt. Seitdem befindet sich Mumia Abu-Jamal 22 Stunden täglich in Einzelisolation in den Todestrakten von Pennsylvanias Gefängnissen. Von dort kämpft er um sein Leben und seine Freiheit; aus diesen Zellen arbeitet er auch weiterhin als Journalist.

In den letzten 5 Jahren gibt es in den USA, aber auch international, wieder verstärkte Aktivitäten von UnterstützerInnen und Angehörigen, um politisch und juristisch gegen das Todesurteil vorzugehen und für Mumias Freilassung zu kämpfen. So hat sich u.a. auch der Generalsekretär von Amnesty International in einem Brief an Gouverneur Casey für Mumias Begnadigung ausgesprochen. Der öffentliche Druck auf den noch amtierenden Gouverneur von Pennsylvania, Robert Casey, und die Gefängnisleitung des Huntingdon-Gefängnisses haben Anfang 1994 immerhin dazu geführt, daß Mumia zum ersten Mal seit Jahren wieder Bücher erhalten kann und ein Radio sowie einen Fernseher in seiner Zelle besitzen darf.

Trotz dieses Teilerfolgs ist die Gesamtperspektive für Mumias Freilassung eher schlecht. Im November 1994 finden in Pennsylvania Gouverneurswahlen statt, bei denen der jetzige Gouverneur Casey nicht mehr kandidieren wird. Sämtliche KandidatInnen der Republikanischen und Demokratischen Partei treten in ihrem Wahlkampf offensiv für die Todesstrafe und für eine Wiederaufnahme der Hinrichtungen in Pennsylvania ein .(Seit 1963 hat es in Pennsylvania keine Hinrichtungen mehr gegeben. Gleichzeitig befinden sich in Pennsylvania inzwischen 168 Menschen in den Todestrakten.) Parallel zu diesem "Law and Order"-Wahlkampf hat die Gefängnisbehörde von Pennsylvania einen neuen Hochsicherheitsknast in Greene County fertiggestellt, in dem sich ein eigener Hochsicherheitstrakt für alle Todesstrafengefangenen des Bundesstaates befindet. Das Vollzugsprogramm von Greene County orientiert sich an Stammheim - totale Isolation der Gefangenen untereinander - und einem 5-Stufen-Programm , innerhalb dessen sich die Gefangenen durch " angepaßtes Verhalten" langsam zu bestimmten Vollzugslockerungen - wie Umschluß etc. - hocharbeiten "können". Der Todestrakt soll gegen Ende des Sommers 1994 geöffnet werden. D.h., daß dann auch Mumia in ein Gefängnis verlegt wird, daß sich ca. 6 Stunden Autofahrt von Philadelphia (und seinen Angehörigen und UnterstützerInnen) entfernt befindet; daß seine Besuche auf einen einstündigen Besuch pro Monat mit Trennscheibe eingeschränkt werden und seine Kontakte nach draußen auf ein Minimum reduziert werden sollen.

Mumia freut sich über Post: Mumia Abu-Jamal, AM 8335, 1100 Pike Street, Huntingdon, PA 16654-112, USA

Hinzu kommt, daß die rechtsradikale und rassistische Polizeigewerkschaft Fraternal Oder of Police (FOP) öffentlich Mumias sofortige Hinrichtung verlangt und dabei auch verstärkt Druck auf PolitikerInnen ausübt und Medienarbeit für dieses Ziel macht.

Wie einflußreich die FOP tatsächlich ist, hat sich im letzten Monat gezeigt: Der US-weite liberale Radiosender National Public Radio (NPR) hatte beschlossen, sechs Radiokommentare von Mumia innerhalb eines halben Jahres zu senden. Nachdem National Public Radio die Ausstrahlung des ersten Kommentars öffentlich angekündigt hatte, übte die Polizeigewerkschaft so lange einen derart intensiven Druck auf den Vorstand des Radiosenders aus, bis entschieden wurde, daß die Kommentare nicht gesendet werden. In der einflußreichen Tageszeitung New York Times wurde ein Interview mit dem Sprecher der Polizeigewerkschaft veröffentlicht, in dem dieser sich vehement für Mumias Hinrichtung und gegen die Ausstrahlung von Kommentaren eines verurteilten "Cop Killers" aussprach.

Mumias UnterstützerInnen versuchen jetzt, National Public Radio dazu zu bewegen, diese Entscheidung noch einmal zu verändern. Gleichzeitig bitten sie darum, weiterhin Petitionen und Faxe mit der Forderung nach Mumias sofortiger Freilassung an Gouverneur Casey zu schicken. Parallel dazu arbeiten Mumias Anwälte weiterhin an der Wiederaufnahme seines Falles.

Bitte schickt folgenden Brief/ folgendes Fax an NPR:

To Bill Buzenberg
Vice President of News
National Public Radio
635 Massachussetts Ave. NW
Washington DC 20001 - 3753
Fax-Nr.: (001) 202-414-3329

Dear Mr. Buzenberg,

I am extremely disturbed that NPR has pulled the commentaries by death row journalist Mumia Abu-Jamal which were scheduled to begin airing on All Things Considered on May 16. While you have defended this censorship as an editorial decision, it seems clear to me that it was a result of outside pressure from the Fraternal Oder of Police and other unnamed sources.

I am reminded of a 1993 Fairness and Accuracy in Reporting study which found that of NPR's 27 regular commentators, only one was a person of color. The inclusion of Mumia Abu-Jamal was a positive move toward NPR's stated mission of presenting a diversity of voices.

You have stated publicly that you believe people on death row and in prison have something meaningful to say. But silencing Abu-Jamal sends the opposite message to all efforts to bring the voices of prisoners to the airwaves. Hence, I urge you air Abu-Jamals commentaries on All Things Considered as originally planned.

Sincerely,

Weitere Informationen sind erhältlich bei:

Komitee Right On, c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10999 Berlin oder AGIPA Press, Eichenberger Str. 9, 28215 Bremen

Unterstützt die streikenden Arbeiterinnen bei SONY in Nuevo Laredo, Mexiko
- Organisiert Aktionen zum 1. Juli 1994 -

Am Samstag, den 16. April 1994, begannen über 150 Frauen (Las Obrareras de Magnetico, SONY) einen viertägigen Streik, der dazu führte, daß innerhalb kurzer Zeit in 6 von 7 SONY Fabriken in Nuevo Laredo, Mexiko, nicht gearbeitet wurde. Auf dem Höhepunkt dieser Serie von Protestaktionen und Streiks blockierten 300 SONY-Arbeiterinnen (von 1.650 ArbeiterInnen bei SONY) und Frauen, die in der Maquiladora "Bolsas de Laredo" arbeiten, die Zugänge zu SONY-Fabriken.

Die Arbeiterinnen protestierten gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen aufgrund von sog. Verhandlungen zwischen dem Vertreter des mexikanischen Arbeitsministeriums, Fidel Velazquez, und SONY. Das Arbeitsministerium und der Bürgermeister "Chema" Morales, gingen mit den vereinten Kräften der lokalen Polizei, speziellen Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei, Feuerwehr und gedungenen Schlägern gegen die streikenden Frauen vor.

Gegen die Frauen laufen inzwischen Gerichtsverfahren. Außerdem werden sie weiter schikaniert und bedroht. Ihre Namen sind in den Lokalzeitungen veröffentlicht worden. Außerdem sollen sie dazu verurteilt werden, 2.8 Millionen Neue Pesos zu bezahlen - die Summe, die SONY als Verlust durch den viertägigen Streik angibt.

Japanische Gruppen haben sich inzwischen mit den mexikanischen Frauen solidarisiert:

"Erklärung von der Anderen Seite der Erde"

Heute sagen wir: Es reicht !

Kapitalisten weltweit bewundern japanische ArbeiterInnen als die arbeitsamsten ArbeiterInnen, von denen alle ArbeiterInnen lernen sollten.
Tourismusunternehmen und Taschendiebe denken, daß alle JapanerInnen reich sind. Viele Menschen denken, daß es keinen Klassenkampf in Japan gibt.
Schwestern und Brüder auf der ganzen Welt mißverstehen uns - sie denken, daß japanische ArbeiterInnen die Arbeitsbedingungen und die Kämpfe der ArbeiterInnen in japanischen Firmen in anderen Ländern ignorieren.

Seit der industriellen Revolution vor über 100 Jahren haben japanische ArbeiterInnen und Menschen gekämpft und werden das auch weiterhin tun. Viele japanische AnarchistInnen, KommunistInnen, religiöse Menschen, ganz gewöhnliche Menschen und auch Esperantisten (kommt irgendwie von Esperanto - d.Ü.) haben gegen die Kriegs- und Invasionspolitik der unterschiedlichen japanischen Regierungen Widerstand geleistet. Es gab viele Tote während dieser Kämpfe. Viele japanische ArbeiterInnen, und insbesondere die zehntausende EisenbahnarbeiterInnen, kämpfen jetzt gegen die Welle von Entlassungen und sog. "Rationalisierung" (Verringerung der Belegschaften von Multis)
Die Forderung der mexikanischen ArbeiterInnen in den SONY Fabriken von Nuevo Laredo, Mexiko, (einer Maquiladora), nach arbeitsfreien Samstagen und Sonntagen, um Zeit mit ihren Familien und für ihre Religionsausübung zu haben, ermutigt japanische ArbeiterInnen, die ihre KollegInnen durch Karoshi (Tod durch Überarbeitung) verloren haben. Die Forderung der mexikanischen ArbeiterInnen nach Wahlen für echten VertreterInnen für ihre Gewerkschaft macht JapanerInnen Mut, die von der politischen Realität in Japan enttäuscht sind.
Versteht uns nicht falsch: Der Kampf des mexikanischen Volkes ermutigt die Menschen in Japan oder wird sie ermutigen. Viele Menschen in Japan erhalten nicht genügend Informationen über die Kämpfe der Zapatistas, die Kämpfe der LandarbeiterInnen für Land und die Kämpfe der mexikanischen ArbeiterInnen.

Heute, am 5-ten Monatstag des Aufstandes der Zapatistas, werden wir in unserer Heimatstadt Sapporo und in Mexico City durch einen Hungerstreik den Kampf gegen die riesige SONY Corporation aufnehmen. In anderen Städten in Japan, in den USA und in Europa fangen unsere FreundInnen auch an, gegen SONY und gleichzeitig gegen die mexikanische Regierung vorzugehen.

Mit dieser kleinen internationalen Aktion appellieren wir an viele Gruppen, Organisationen und Menschen weltweit, die eine wirkliche Veränderung wollen, massive Demonstrationen gegen SONY, die mexikanische Regierung, oder die japanische und US-amerikanische Regierung zum Halbjahrestag des Aufstandes der Zapatistas am 1. Juli 1994 zu organisieren.

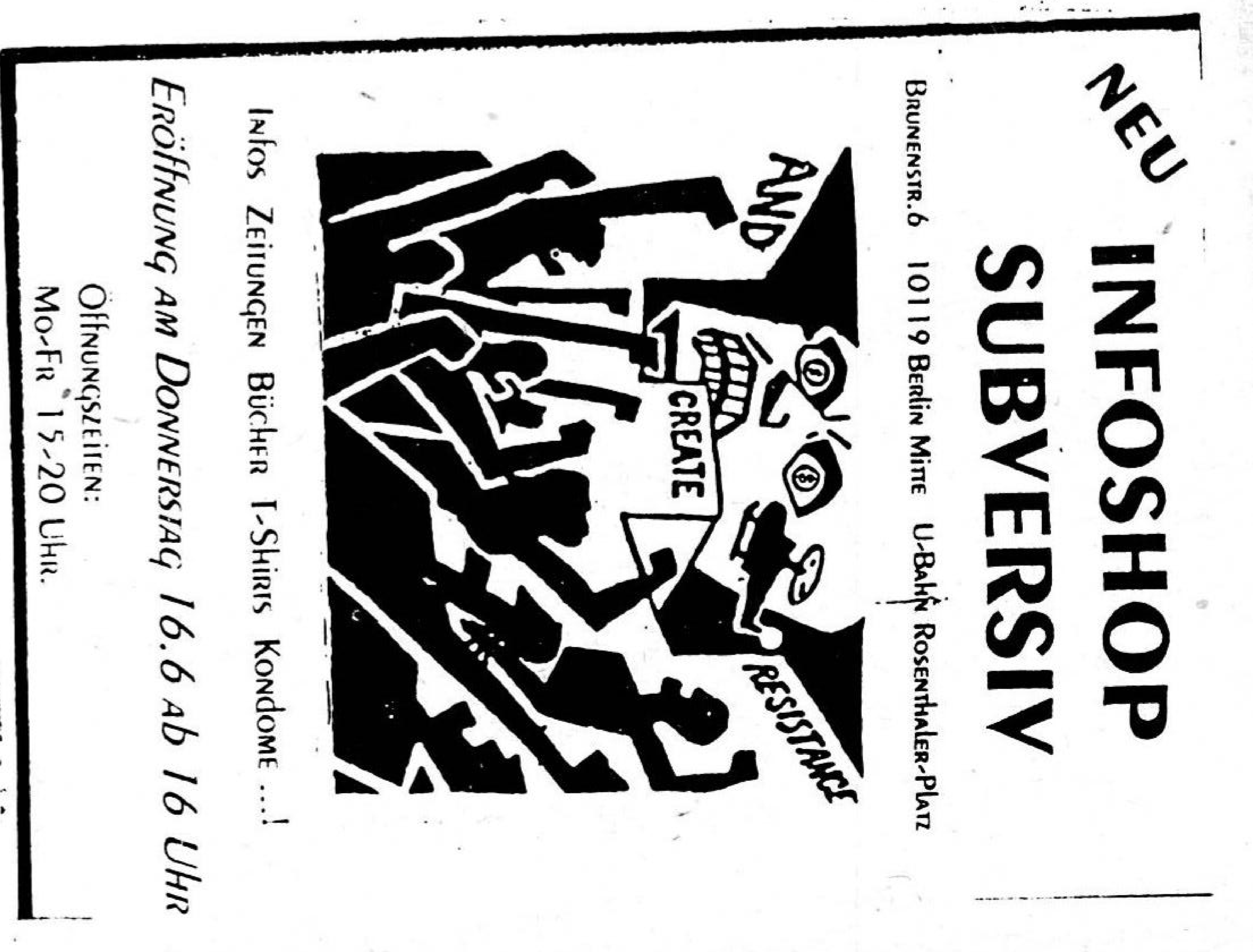
Organisert direkte Aktionen für wirkliche Veranderungen !
Es gibt keine Grenze zwischen ArbeiterInnen !

Nein zu SONY ! Ja zu den Rechten der ArbeiterInnen !
Nein zu NAFTA ! Ja für die Zapatistas !

1. Juni 1994

S.A.T., Sapporo (Workers Esperantists Group in Sapporo)
Sapporo Holcke no kal (Umweltschutzjugendgruppe in Sapparo)
Anarcho-Syndikalistisches Netzwerk, Sapporo

(Quelle: Movimiento Liberation National de Mexico, MLN/M,USA)



„Alle finden sich in unseren Forderungen wieder"

ila-Interview mit Subcomandante Marcos in Chiapas/Mexiko

Das Gespräch wurde am 9. April 1994 innerhalb der von der EZLN kontrollierten Gebiete in Chiapas/Mexiko von der ila-Mitarbeiterin Danuta Sacher geführt. Wir danken der ila-Redaktion für die freundliche Genehmigung, das Interview nachzudrucken. Wir haben es für den Abdruck im ak redaktionell gekürzt und die Stellen mit (...) gekennzeichnet. Übersetzt worden ist das Interview von Ulrich Mercker und Danuta Sacher.



Frage: *Welche Auswirkung hatte das Attentat auf den Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei PRI, Luis Donaldo Colosio, auf den Dialogprozeß zwischen Regierung und EZLN und auf die Situation in Chiapas?*

Marcos: Als die erste Dialogrunde in San Cristobal beendet war, kehrten wir in unser Gebiet zurück, um mit den Gemeinden zu beraten, was sie von den Vorschlägen der Regierung hielten. Als erstes haben wir die Dokumente mit den Mitgliedern des Geheimen Revolutionären Indígena-Komitees (CCRI) besprochen, denn an den Verhandlungen hat ja nur eine kleine Delegiertengruppe und nicht das gesamt CCRI teilgenommen. Jede einzelne Forderung und die Antwort der Regierung darauf wurden erläutert und diskutiert, und dann begannen wir damit, alles in eine einfachere, verständliche Sprache zu übertragen, die in den Dörfern verstanden werden kann.

Damit sind wir also beschäftigt, als eine Reihe militärischer Manöver beginnt. (...) Andererseits beginnen gleichzeitig die Aggressionen der Viehzüchter, die öffentlich erklären, daß sie nicht mit den Vorschlägen der Regierung aus der ersten Verhandlungsrunde einverstanden sind. Ähnlich melden sich andere Teile der rechten Oligarchie zu Worte wie zum Beispiel die „Coletos", die rechten „Aristokraten" von San Cristobal de las Casas. Insgesamt fehlten Hinweise darauf, daß der Dialogprozeß, also der Friedensprozeß, ernsthaft vorankommen könnte. In diesem Klima wollte das Geheime Revolutionäre Indígena-Komitee davor warnen, daß die Beratung der Ergebnisse der ersten Dialogrunde suspendiert werden könnte, bis die Regierung die dafür erforderlichen Bedingungen schaffe, also die daß Cedillo direkt von Präsident Salinas ausgewählt wurde, daß es ein erneuter „dedazo" war, eine eigenmächtige Entscheidung des Präsidenten auch gegenüber seiner eigenen Partei. Aber es ist noch unklar, wie Cedillo sich gegenüber Camacho und dem Friedensprozeß in Chiapas verhalten wird. Wir müssen abwarten, welche Kräfteverhältnisse aus dem internen Machtkampf innerhalb der Machtgruppe der Regierungspartei hervorgehen, welche Rolle Cedillo dabei spielt, und was das für Camacho bedeutet. Gegenwärtig gibt es Gerüchte, daß er als Friedensbeauftragter abgelöst und nach Spanien als Botschafter geschickt werden soll. (hat Camacho inzwischen dementiert, Anm. Red.) Insgesamt also alles Anzeichen me Revolutionäre Indígena-Komitee noch und wird dazu auch die anderen Organisationen konsultieren.

Wollt Ihr die Viehzüchter auch am Verhandlungstisch haben?

Nein. So weit wir das übersehen können, sind die Viehzüchter in zweierlei Hinsicht besorgt. Zum einen wegen ihrer Ländereien innerhalb der von uns kontrollierten Zone. Aber das ist nicht der Hauptpunkt. Denn sie wissen genau, daß wir ihr Land nicht anrühren. Gleichwohl behaupten sie es, um Druck auf die Regierung auszuüben. So weit es zu Landbesetzungen in Chiapas kam, geschah dies in nicht von uns kontrollierten Gebieten und außerdem

ersten Dialogrunde ab?

Ja. Unsere 34 Forderungen, die wir der Regierung vorgelegt haben, verstehen wir als nationale Anliegen. Was wir beispielsweise bezüglich der Rechte der Indígenas fordern, soll für alle Indígenas Mexikos gelten. Was wir für die Bauern fordern, bezieht sich ebenfalls auf das gesamte Land. Ebenso die übrigen Forderungen. Was die Regierung in der ersten Dialogrunde gemacht hat, ist den nationalen Aspekt auszuklammern und zu versuchen, die Probleme auf lokaler Ebene zu lösen. Dafür versuchten sie uns zu gewinnen in der Annahme, daß sie es mit Leuten zu tun haben, die kein nationales Bewußtsein klar zum Ausdruck gebracht, daß es zu Änderungen auf nationaler Ebene kommen muß, damit Änderungen auf regionaler, lokaler Ebene möglich werden. Es ist ein Trugschluß anzunehmen, daß nur Chiapas sich ändern könnte und der Rest des Landes weitermacht wie bisher. Diesem Irrtum sind die Leute schon vorher aufgesessen. So weit eine erste Bewertung, also daß die vorgetragenen Probleme nicht lokal gelöst werden können. (...)

Nach der ersten Dialogrunde, in der es darum ging, die Positionen darzulegen und anzuhören, steht jetzt an, in wirkliche Verhandlungen einzusteigen. Dabei werden wir unsererseits darauf bestehen, daß auf unsere nationalen Forderungen nationale Antworten gegeben werden. Auf die grundlegenden Forderungen nach Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit erwarten wir konkrete Antworten, denn darauf hat die Regierung bisher sehr vage reagiert.

Wie ist das „Revolutionäre Frauengesetz" entstanden? Es ist tatsächlich revolutionär in Anbetracht der untergeordneten Rolle der Frauen in den Indígena-Gemeinschaften.

Als die Zapatistische Armee ihre Arbeit in den Bergen aufnahm, entschieden wir, daß es keine besonderen Aufnahmekriterien geben sollte. Junge, Alte, Kinder ab einem bestimmten Alter, Männer wie Frauen konnten sich integrieren. Einige der ersten Mitglieder luden Familienangehörige, Schwestern zum Beispiel, dazu ein, sich anzuschließen. Sei es, daß die Familie sehr groß war, oder daß sie nicht wußten, wovon sie leben sollten, oder daß sie bereits sehr politisiert waren. Das kam gerade bei Familienangehörigen der Gründungsmitglieder vor, die heutzutage eine Art indianischer Elite darstellen, die in jeder Hinsicht gut ausgebildet ist. So kamen die ersten Indígena-Frauen zu den Zapatisten.

Bei den Zapatisten lernen die Frauen vieles, was ihnen in den Dörfern verschlossen blieb. Zum Beispiel lernen sie Spanisch, lesen und schreiben, Grundkenntnisse in Mathematik, Geographie, Geschichte. Sie lernen Waffen zu tragen und zu handhaben und, was das außergewöhnlichste ist, sie lernen Kommando zu

aggressive Stimmung überwunden sei. Wir waren gerade dabei, ein entsprechendes Kommuniqué an die Regierung auszuarbeiten, als wir die Nachricht vom Mord an Luis Donaldo Colosio erfuhren.

Wir bewerteten dies als einen Anschlag, für den die EZLN direkt oder indirekt verantwortlich gemacht werden sollte. Direkt in dem Sinne, daß wir den Mörder instruiert oder beauftragt hätten. Das läßt sich nicht aufrecht erhalten mangels Beweisen und sowieso ist es absurd, denn wenn das Attentat an Colosio jemandem geschadet hat, dann in erster Linie den Zapatisten, denn Colosio hatte sich öffentlich verpflichtet, die Ergebnisse der ersten Dialogrunde zu akzeptieren. Es wäre wirklich völlig absurd, uns ein Interesse an diesem Mord zu unterstellen.

Die Beschuldigungen liefen dann mehr auf der indirekten Ebene, indem gesagt wurde, daß die EZLN mit ihrem Vorstoß am 1. Januar ein Klima der Gewalt geschaffen habe und dazu beigetragen habe, daß andere Gewalt als ein positives Mittel betrachteten, was den Mord an Colosio provoziert habe.

Auf anderer Ebene analysierten wir, daß dieses Attentat Teil einer Desavouierungskampagne gegenüber der EZLN ist, die bereits vorher begonnen hat. Sie wissen sehr gut, daß wir schlecht bewaffnet sind, daß unsere Hauptkraft das Ansehen innerhalb der mexikanischen Bevölkerung ist. Und dieses Ansehen wollen sie zerstören oder zumindest verringern, um dann einen militärischen Angriff rechtfertigen zu können.

Alles dies zusammen, wie ich es erwähnte: die militärischen Manöver, die Aggressionen der Großgrundbesitzer und nun der Anschlag gegen Colosio wiesen auf die drohende Gefahr eines militärischen Angriffs hin. Deswegen haben wir in dieser Situation beschlossen, die Beratungen der Ergebnisse der ersten Dialogrunde in den Gemeinden zu suspendieren. Denn die Kämpferinnen und Kämpfer, die in ihren Dörfern waren, um an den Diskussionen teilzunehmen, mußten an ihre Stellungen zurückkehren, um eventuelle Angriffe abzuwehren. Das ist schließlich der weiterhin gültige Befehl des CCRI: Unser Gebiet bis zum letzten Mann und zur letzten Frau zu verteidigen. Wir können unsere Zivilbevölkerung ja nicht kampflos der Regierungsarmee ausliefern.

Seither haben wir nichts mehr von Camacho, dem Regierungsbeauftragten [illegible]

gegen einen Fortschritt des Dialogprozesses. Wir werden wie gesagt in höchster Alarmbereitschaft abwarten. Es gibt Hinweise darauf, daß die Regierung vor Ende Mai auf eine wie auch immer geartete Lösung drängen wird, sei es auf die Unterzeichnung eines Friedensabkommens oder auf eine militärische Entscheidung. Denn im Juni und Juli wird der NAFTA-Vertrag erneut im US-amerikanischen Kongreß behandelt. Und die entscheidende Phase des mexikanischen Präsidentschaftswahlkampfes steht bevor. Im gegenwärtigen politischen und ökonomischen Krisenpanorama Mexikos bedeutet die EZLN ein Störfaktor und eine Behinderung für die Pläne Salinas, der behoben werden muß. Aber wie gesagt, müssen wir zunächst abwarten, was weiter geschieht.

Werden in einer möglichen zweiten Verhandlungsrunde wiederum nur EZLN und ein Abgesandter der Regierung teilnehmen, oder sind die Zapatisten daran interessiert, daß andere Teile der mexikanischen Gesellschaft vertreten sind, beispielsweise Vertreter der Bauern- und Indígena-Organisationen? Auch die Viehzüchter fordern ihre Beteiligung an weiteren Verhandlungen.

Wir sind der Auffassung, daß eine mögliche zweite Verhandlungsrunde notwendigerweise die nationalen Aspekte behandeln muß, die die Regierung in der ersten Verhandlungsphase ausgeklammert hat. Wir sind nicht damit einverstanden, daß unsere Forderungen nur auf die lokale Ebene bezogen werden, oder gar nur auf bestimmte Gemeinden, von denen die Regierung glaubt, daß es dort Zapatisten gebe. Wir bestehen auf der nationalen Dimension der Problematik. Deswegen haben wir auch zur Beratung der Regierungsvorschläge aus der ersten Dialogrunde auf nationaler Ebene eingeladen und inzwischen viele Kommentare, Vorschläge und Briefe aus verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren erhalten. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen bitten uns, ihre Forderungen in die nächsten Verhandlungen mit aufzunehmen. In all diesen Briefen wird gebeten, die Forderungen nach Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit als nationales Anliegen zu behandeln.

Wir meinen, daß die Bauern- oder anderen Organisationen gegebenenfalls der EZLN das Mandat zur Verhandlung ihrer Anliegen gegenüber der Regierung übertragen, oder tatsächlich mit eigenen [illegible]

in Verantwortung anderer Organisationen. Zum anderen, und weit mehr, besorgt sie der Verlust ihres Feudalen-Status. Denn die Forderungen der Indígenas gegen die rassische Diskriminierung, die Demütigung, den fehlenden Respekt vor ihren Traditionen und ihrer Kultur usw. zielen auf eine Gleichberechtigung mit dieser „Aristokratie". Diese Familien sind nicht in einem Geiste erzogen worden, der so etwas erlauben würde. Seit den Zeiten der Eroberung hat die herrschende Klasse in Mexiko zweifellos Modernisierungs- und Internationalisierungsprozesse durchlaufen. Aber in Chiapas war das nicht so. Wenn du in Chiapas mit einem Viehzüchter sprichst, sprichst du mit einem Feudalherrn. In den ländlichen Gebieten von Chiapas kann man nicht einmal davon reden, daß die Regierung dort die Macht ausübt, höchstens vielleicht in den zentralen Gemeinden. Aber im übrigen Gebiet herrschen die Großgrundbesitzer und ihre bewaffneten Banden, die „Weißen Garden", wie kleine Feudalherren mit eigener Armee und ihren Leibeigenen, den Indígenas. Was also könnten diese Leute uns am Verhandlungstisch vortragen? Daß wir nicht fordern sollen, was wir verlangen, oder daß sie unsere Probleme lösen wollen?

Besteht nicht die Gefahr, daß mögliche Abkommen der EZLN mit der Regierung in der Umsetzung an diesen Leuten scheitern werden?

Es gibt einfach Dinge, die können nicht verhandelt werden, die müssen praktisch durchgesetzt werden. Wir können unmöglich mit den Großgrundbesitzern über Gleichheit verhandeln, die müssen wir ihnen abtrotzen. Das Problem der aggressiven Unbelehrbarkeit der Landherren ist ein Problem der Regierung. Denn die Regierung hat sie wachsen lassen, hat sie begünstigt, ihnen Waffen gegeben, sie trainiert, ihnen Macht überlassen, und nun hat sie sie nicht mehr unter Kontrolle. Oder will sie nicht kontrollieren. Dieses Problem muß die Zentralregierung Mexikos lösen, wenn sie wirklichen Frieden will. Aus diesem Grunde schließen wir ausdrücklich unsere eigene Entwaffnung im Zuge des Friedensprozesses aus. So lange die Land-Aristokratie ihre Machtstellung behält und die „Weißen Garden" weiterbestehen, wird es in Chiapas keinen Frieden geben. (...)

Zeichnet sich vielleicht bereits ein erstes [illegible]

Spendenaufruf für die EZLN

Die Kommunikation und Kommunikationsmittel spielen im Konflikt in Chiapas eine Schlüsselrolle. Wer Nachrichten und Bilddokumente produzieren und verbreiten kann, nimmt entscheidenden Einfluß auf den Gang der Dinge. Das gilt um so mehr, seitdem die Waffen erfreulicherweise weitgehend schweigen.

Eine der Forderungen der EZLN gegenüber der Regierung ist die Einrichtung einer unabhängigen Radiostation der Indígenas, die von ihnen selbst betrieben werden soll, um das Recht auf wahrheitsgetreue Information über lokale, regionale, nationale und internationale Ereignisse verwirklichen zu können. Die Regierung hat eine Lizenzvergabe in Aussicht gestellt. Damit diese mögliche Radiostation jedoch eines Tages wirklich unabhängig funktionieren kann, bedarf es vieler Dinge: Tonbandgeräte, Schnitteinheiten, Musikkassetten und natürlich Ausbildung der künftigen „Volksreporterinnen und -reporter". Und natürlich braucht es Radiogeräte in den Dörfern, damit die Sendungen gehört werden können.

Außerdem hat die EZLN den legitimen Wunsch, ihre eigene Geschichte selbst in Bildern festzuhalten. Eine eigene Videoausrüstung wird gebraucht, um sowohl die Ereignisse jenseits pressekonjunkturellen Interesses festhalten zu können, als auch um die Möglichkeit zur Verifizierung möglicher strittiger Vorfälle durch Bilddokumente zu haben.

Wir unterstützen hiermit den Aufruf der ila, für einen „Medienfonds" der EZLN zu spenden, mit dem solche notwendigen Anschaffungen getätigt werden können.

Spenden unter dem Stichwort „Medienfonds EZLN" bitte auf das ila-Konto Nr. 583 99-501 beim Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50) überweisen. (Stichwort nicht vergessen!)

oder keine nationale Perspektive haben. Sie glauben wirklich, daß die Probleme unserer Leute unverzüglich zum Beispiel durch den Bau einer Straße, einer Schule oder eines Krankenhauses gelöst werden könnten und daß dann Ruhe sei. Aber die

führen, auch über Männer. In der Zapatistischen Armee war das problemlos, denn das entsprach unserer Logik. Wir unterscheiden nicht zwischen Männern und Frauen, sondern alle sind Kämpfer. Als wir in Beziehung zu den Dorfgemeinschaften traten, beobachteten die jungen Frauen der Dörfer, daß Indígena-Mädchen wie sie, die ihre Maya-Sprache sprechen, aber gleichzeitig Spanisch beherrschen, Waffen tragen und über Männer befehlen. Das hat tiefen Eindruck bei den Mädchen hinterlassen. Wie das so ist, wenn Frauen untereinander reden, sprechen sie auch über Männer, über Beziehungen. Es wurde gefragt, wie das denn so sei bei den Zapatisten, ob sich da was zwischen Männern und Frauen abspiele oder ob das verboten sei. Unsere Frauen erzählten, daß die Männer sich annähern könnten, und wenn du willst, willst du, aber wenn nicht, müssen sie es akzeptieren. Keiner kann dich zwingen. Vor allem aber, die Frauen können den Mann ansprechen, der ihnen gefällt, und müssen nicht warten, bis er vielleicht kommt. Flirten auch von Frauen ist erlaubt! So etwas von ihresgleichen zu hören war für die Mädchen der Dörfer ein heftiger Schlag, deren Aussicht nicht etwa ist, den Mann zu heiraten, der ihnen gefällt, sondern den, der daherkommt und sie von ihrem Vater kauft. Von da an drängen mehr Mädchen und Frauen darauf, zu uns in die Berge zu kommen. Die Familien lassen sie gehen, weil bereits ihr Bruder, ihr Onkel oder Vetter bei den Zapatisten ist. Und das gleiche wiederholt sich in größerem Maßstab: Diese Frauen besuchen ihre Familien, ihre Dörfer, können jetzt spanisch sprechen, lesen, schreiben, rechnen, mit der Waffe umgehen. Weitere Frauen bestehen darauf, sich uns anzuschließen. Das wiederholt sich und wiederholt sich. Schließlich beginnen die Frauen, die nicht fortgehen können, Druck auszuüben: Warum gilt für die Frauen in den Bergen dieses und jenes, und für uns nicht? Auch wir sind Zapatisten, auch wenn wir nicht in die Berge gehen können. Die Frauen aus den Bergen erzählen ihnen, daß sie dort Gleichberechtigung genießen, und daß dies auch in den Dorfgemeinschaften gelten müßte. Auf diese Weise beginnen die Frauen in den Dörfern Druck auf die Männer auszuüben und zu verlangen, bei Dingen mitreden zu können, die bisher nur Männer unter sich besprochen haben. Natürlich waren die Männer dagegen. Allein das Recht der Frau, ihren Partner auszusuchen, ist ein schwerer

Schlag gegen die patriarchale Herrschaft der Männer. Ebenso der Anspruch der Frauen darauf, die Anzahl ihrer Kinder zu bestimmen. Hier kommen zwei Aspekte zusammen, der der sexuellen Dominanz und ein ökonomischer. Bei der Kinderzahl geht es nicht nur um den Wunsch der Männer, ihre Zeugungskraft zu beweisen, sondern je mehr Kinder da sind, desto mehr Arbeitskräfte für die Landwirtschaft stehen der Familie zur Verfügung. Letztlich ist das natürlich ein Trugschluß, denn das Land reicht nicht aus, um es auf viele Kinder aufzuteilen, und alle werden im Endeffekt ärmer. Für die Frauen geht es dabei noch um mehr: Sie tragen schwer an der hohen Kindersterblichkeit. Von zwölf, vierzehn Kindern sterben fünf oder sechs mit Sicherheit. Sie fragen sich also, warum soll ich so viele Kinder gebären, nur damit ich sie hinterher sterben sehen muß? Ich will keine Kinder für den Tod zur Welt bringen.

Auf diesen Druck der Frauen reagieren die Dorfgemeinschaften unterschiedlich. Das hängt auch von der Ethnie ab. Manche widersetzen sich stärker, in anderen hat die Frau traditionell eine stärkere Rolle. Jedenfalls gibt es heftige interne Kämpfe. Und im Moment, als der Krieg beschlossen wird – das war im Oktober 1992, noch ohne genaue zeitliche Festlegung – wird auch über die Gesetze entschieden, die in den zapatistischen Gemeinden gelten sollen. Es wird der Vorschlag für das Agrargesetz präsentiert, für das Kriegssteuergesetz und so weiter. Bei dieser Gelegenheit bilden die Frauen ein Führungsgremium, das später in das Geheime Revolutionäre Indígena-Komitee (CCRI) eingehen wird, und beginnen danach eine Konsultation in den Dorfgemeinschaften über die wichtigsten Forderungen und Bedürfnisse der Frauen. Im Januar 1993 erteilt das CCRI den Befehl zur Vorbereitung des Krieges für 1993, im März findet eine Sitzung des Komitees zur Revision der Revolutionären Gesetze statt, die im April in Kraft treten sollen. Zu diesem Zeitpunkt wußte niemand etwas von dem „Revolutionären Frauengesetz“, weil die Frauen das heimlich, still und leise vorbereitet haben. Als sie es dann dem CCRI vorstellen, haben die Männer es natürlich erst mal abgelehnt. Daraufhin verweigerten die Frauen ihre Zustimmung zum Agrargesetz. Auf diese Weise konnten sie die Männer zwingen, sie ernstzunehmen, und schließlich wurde das Frauengesetz angenommen. Außerdem wurde beschlossen, daß es nicht erst ab Kriegsbeginn, sondern ab die Tojolabal. Im Norden leben die Chol und im Hochland die Tzotzil. Auch in dem von uns kontrollierten Gebiet leben die Ethnien getrennt. Wo sie zusammenkommen ist im Geheimen Revolutionären Indígena-Komitee.

Vielleicht sprechen wir ein wenig über das Verhältnis der Zapatistas zu anderen Bauernorganisationen. Während langer Jahre gibt es starke und vielfältige Organisationen der Bauernbewegung in Chiapas, die allerdings immer untereinander nach politischen und ethnischen Linien gespalten waren. Die EZLN scheint die erste Kraft in Chiapas zu sein, die es geschafft hat, diese historischen Spaltungslinien zu überwinden. Wie ist das gelungen?

Unser Vorgehen bestand darin, zu unterscheiden, was uns verbindet und was uns trennt, und die internen Strukturen der anderen Organisationen zu respektieren. Wir hatten nie die Absicht, die Führung der anderen Organisationen zu übernehmen, sondern wir haben einen Krieg vorbereitet, weil wir der Auffassung waren, daß anders die Lebensbedingungen nicht geändert werden können. Wir wollen weder die ARIC, noch die OCEZ noch CIOAC (Namen von Bauernorganisationen bzw. Zusammenschlüssen von Organisationen, Anm. Red.) leiten. Sie alle haben ihre eigene Struktur, einschließlich der CNC, die wir nicht anrühren wollen. Aber was wir immer sagten, war, daß wir die Waffen erheben müßten, um Änderungen zu erreichen. Wir gingen davon aus, daß der legale politische Kampf entlang der organisationseigenen Strukturen geführt, und die militärischen Aspekte von der Zapatistischen Armee behandelt werden. Unsere Forderungen sind so allgemeingültig, daß es quasi unmöglich ist, nicht damit einverstanden zu sein. Von daher gab es eine Art gegenseitigen Grundverständnisses. Wir erheben nicht eine Forderung, die spalten oder lediglich spezifische Interessen einer bestimmten Ethnie oder einer bestimmten Bewegung vertreten würde. Alle finden sich in unseren Forderungen wieder. Und wie gesagt, machen wir niemandem die politische Führung streitig. Davor herrscht immer die größte Furcht innerhalb der Organisationen, daß man die Führung ablösen will. Unsere Position dazu war und ist, daß die Leute sich organisieren sollen, wie sie wollen, mit den Führern, die sie wollen. Die militärischen Konfrontationen allerdings leiten wir. Von daher könnte man sagen, daß die Zapatistische Armee weniger eine Organisation ist als eher ein Zusammenfluß von Organisationen von Anfang damit das Ziel, eine Gegenkraft gegen die EZLN aufzubauen. Die Rechnung ist aber nicht aufgegangen. Die meisten Organisationen haben sich auf unsere Seite geschlagen und lassen sich nicht zum Instrument der Regierung machen. Das war für uns überlebenswichtig, und das werden wir auch nie vergessen. Viele sagen, daß wir allein deshalb überleben, weil dieser Plan nicht funktioniert hat.

Was geschah und geschieht mit Leuten, die nicht mit dem Krieg der Zapatisten einverstanden sind, aber in eurem Einflußgebiet leben?

Von diesen Leuten verlangen wir nur, daß sie nicht für die Gegenseite arbeiten, indem sie Informationen weitergeben oder Personen denunzieren, denn in den Dörfern kennen sich alle und wissen gegenseitig, wer ist Zapatista und wer nicht. In den befreiten Gebieten sind jetzt wir die Regierung. Diese Leute können sich bewegen, wohin sie wollen, aber wir erwarten, daß sie darüber Auskunft geben, so wie sie es vorher der Regierung gegenüber taten. Wenn sie nicht gegen uns arbeiten, schränken wir sie in keiner Weise ein oder zwingen sie auch zu nichts. Was vorgefallen ist während der Kriegshandlungen, daß einige Mitglieder der Zapatistischen Armee Nicht-Zapatisten zur Teilnahme zwingen wollten. Sie haben sie verbal bedroht, nicht physisch, in der Weise, daß sie ihnen drohten, es werde ihnen schlecht ergehen, wenn sie nicht mitmachten. Sie haben ihnen Angst gemacht für den Fall, daß sie sich nicht anschlössen. Das ist vorgekommen und wir haben das durch die Presse erfahren, die Gelegenheit hatte, mit solchen Leuten zu sprechen. Das CCRI hat die Verantwortlichen dafür geahndet und damit Schluß gemacht, als sie davon erfuhren. Aber unsere allgemeine Politik war immer ein „Nicht-Angriffs-Pakt“ mit solchen Leuten.

Etwas zur internen Struktur der EZLN. Sind ihre Mitglieder professionelle Kämpfer, oder führen sie innerhalb ihrer Dörfer auch ein ziviles Leben?

Ein Teil der Mitglieder der EZLN lebt seit zehn Jahren klandestin in den Bergen. Dort wurden wir schon seit Beginn mit Nahrungsmitteln versorgt von den Bewohnern der Dörfer. Der andere Teil, die übergroße Mehrheit, sind Bauern, die sich ihrem Stück Land widmen, aber hin und wieder auch militärische Ausbildung bekommen, zu irgendwelchen Aktionen herangezogen werden, je nach den gerade anstehenden militärischen Plänen. Es sind militärisch auf der Kommandoebene getroffen werden. Die großen Entscheidungen, z.B. über den Zeitpunkt des Kriegsbeginns, des Kriegsendes, zur Aufnahme des Dialogs, über unser Banner, über die Gründe des Kampfes, die Bündnispolitik, mit wem Gespräche geführt werden, alle diese Entscheidungen müssen auf demokratische Weise gefällt werden. Demokratisch wird darüber abgestimmt, daß der Krieg begonnen wird, und ich erhalte dann den Befehl: Wir fangen an, gib die nötigen Befehle zur Umsetzung dieser Entscheidung! Da diese Entscheidung aber unten getroffen wurde, ist die Umsetzung in notwendig militärisch-hierarchischer Form von oben sehr viel leichter. Die grundlegenden Befehle erteilen also die Dorfgemeinschaften nach langen internen Beratungen, ich setze diese dann operationell um. Alle, Kinder, Alte, Frauen und Männer haben darüber abgestimmt, daß der Krieg begonnen werden soll. Über den genauen Zeitpunkt wollten sie sich lieber nicht festlegen, auch aus Vorsicht. Über den genauen Ablauf und die nötigen Vorbereitungen sollte ich entscheiden, bzw. die Kommandoebene. Wer zu welcher Uhrzeit wo losschlagen soll, das sind militärische Entscheidungen.

Über das Kriegsende entscheiden also auch sie?

Ja, ebenso wie sie über den Beginn des Krieges entschieden haben, werden sie auch über sein Ende die Entscheidung treffen. Das ist keine Sache der kämpfenden Einheiten, ist keine Sache der militärischen Struktur.

Nehmen wir mal an, ich sei eine Kombattantin. Ich begehe irgendein Unrecht in irgendeiner Dorfgemeinschaft. Wer wird mich bestrafen? Die EZLN oder die Dorfgemeinschaft?

Das Komitee, denn da sind beide Elemente beteiligt. Es vereinigt die zivile und die militärische Autorität.

Wie ist der zivile Sektor strukturiert?

Der zivile Sektor ist demokratisch strukturiert. Das oberste Organ ist die Dorfversammlung, und die bestimmt die Führung. Wenn diese nicht die Beschlüsse der Versammlung befolgt, wird sie abgesetzt. Und so setzt sich das fort, auf regionaler Ebene, auf der Ebene der Anbauregion werden ebenfalls Beauftragte ernannt, und so weiter, bis zum angrenzenden Gebiet anderer ethnischer Gruppen, die ihrerseits auch ihre Führungskollektive haben. Aus diesen wird schließlich das Comité Clandestino Revolucionario Indígena (CCRI) macht uns keine Sorgen. Mit der nehmen wir es gerne auf, denn da findet eine reeller Kampf statt, und zwar auf unserem Gelände. Gegen die Panzer hingegen können wir nicht viel ausrichten, wenn die hereinkommen, sind wir alle erledigt.

Wie reagiert ihr auf die stattfindende Umzingelung durch die Bundesarmee? Besteht da nicht die Gefahr der mittel- und langfristigen isolierten Austrocknung eurer Region?

Natürlich. Sie spielen mit der Geduld des Komitees. Es kommt irgendwann der Zeitpunkt, wo das Komitee sagen wird: Wir sind es leid, hier festzusitzen, Du wirst wieder angreifen müssen, um den Belagerungsring aufzubrechen, und das kann mehrmals geschehen. Nur diesmal mit noch viel höheren Opfern. Im Moment macht uns die Belagerung nicht so viel aus, aber wir werden auch nicht ewig darauf warten, daß sie aufhört. Du mußt bedenken, daß die Bauern hier immer schon in einer Art Belagerungszustand gelebt haben, total isoliert und abgeschnitten von den üblichen Errungenschaften der Gesellschaft. Aus dem Grund haben sie ja auch angefangen zu kämpfen.

Ihr werdet also nicht wie die Widerstandsdörfer in Guatemala zulassen, daß die Armee nach und nach die Kontrolle über die Region ausweitet.

Nein, hier hat die Armee nichts zu sagen, die einzigen, die hier kontrollieren, sind die Zapatistas.

Um noch einmal auf den nationalen Kontext zurückzukommen: Keine andere bewaffnete Bewegung auf dem lateinamerikanischen Kontinent hat es geschafft, daß nach einem 12tägigen Kampf eine Feuerpause beschlossen wird und die Regierung an den Verhandlungstisch bittet. Warum ist so etwas in Mexiko möglich? Ist Mexiko demokratischer, offener als andere Staaten Lateinamerikas oder woran liegt das?

Es ist verlogener. Der Medienapparat spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Salinas de Gortari hatte es geschafft, das Land mit einem gigantischen Lügennetz zu überspannen. Als im Ausland die ersten Meldungen über die kriegerischen Auseinandersetzungen kamen, haben sich die Leute erstmal gefragt: Chiapas, wo liegt das eigentlich? Und dann erschienen die enormen Armutsstatistiken, und die Leute sagten sich: Nanu, ich dachte, in Mexiko ist die Armut abgeschafft. Also, das bedeutete schon einen hohen politischen Prestigeverlust

sofort – günstigerweise war gerade der 8. März – in den Gemeinden gelten sollte. Natürlich gab es Probleme damit. Ein Beispiel. Wenn zwei junge Leute in einer Indígena-Gemeinde unverheiratet miteinander schlafen, wird das damit bestraft, daß beide auf dem Basketball-Platz an die Torpfosten angebunden werden, oder sie ins Gefängnis gesteckt werden. So ist die Tradition. Nun kennen die Jugendlichen das neue Gesetz, lieben sich unverheirateterweise und werden erwischt. Man will sie nach alter Sitte bestrafen und die Jugendlichen sagen: Moment mal, jetzt gilt das neue Gesetz. Wenn ihr es nicht respektiert, wie soll dann das Agrargesetz gelten, wieso sprecht ihr überhaupt von einer Revolution? Die Gemeindesprecher wußten nicht, wie sie sich verhalten sollten, und wandten sich an uns. Wir erklärten, daß das Angelegenheit des CCRI sei und die neuen Gesetze gelten, und sie tatsächlich nichts gegen die jungen Leute unternehmen könnten, da wir sonst verpflichtet seien, sie herauszuholen. Daß sie nicht einem Gesetz zugestimmt haben können, um es anschließend zu brechen. Das war ein Präzedenzfall. Seither hat der Druck etwas nachgelassen. Aber darum mußte gekämpft werden, das ist niemandem in den Schoß gefallen. Es gab und gibt viel Widerstand. Das ist ein sehr wichtiger und interessanter interner Kampf, bis heute.

Wird dieser Kampf mehr von den jungen Frauen getragen oder auch von den älteren unterstützt?

Eher von den jungen Frauen, aber für die älteren ist es schwierig, dagegen zu sein. Denn die Jungen fragen sie, ob sie wirklich wollen, daß es ihnen so geht wie ihnen, nämlich daß sie mit 35 so aussehen, als wären sie sechzig. Oder daß sie sich mit vierzehn verheiraten und mit fünfzehn Geburten verbrauchen sollen für einen Mann, den sie erstmals in der Hochzeitsnacht kennenlernen konnten. Dem können die älteren Frauen natürlich nicht zustimmen, wohl aber der Feststellung, daß sich für die Frauen etwas ändern muß.

Wie ich bereits sagte, gibt es Ethnien, in denen die Frauen eine gewisse kämpferische Tradition haben, und andere, in denen die Frauen härter um die Überwindung ihrer Marginalisierung kämpfen müssen.

Die verschiedenen Maya-Ethnien leben also nicht gemischt in den Dörfern, sondern geographisch getrennt?

Ja, in dieser Gegend hier leben nur Tzeltal. In der Gegend von Las Margaritas leben nen. So erklärt sich auch das große Einflußgebiet und die Anerkennung, die die Zapatisten unter den Indígenas von Chiapas genießen, wie auch die Unmöglichkeit, sie zu zerstören.

Im Januar wurde CEOIC, der Zusammenschluß der Bauern- und Indígena-Organisationen von Chiapas gegründet, eine Koordination von 280 Organisationen. Wie schätzt Ihr die Tragfähigkeit dieses heterogenen Bündnisses ein? Hat die CEOIC eine Zukunft?

Wenn sie den Schlüssel findet, kann sie auf der politischen Ebene genausoviel bewirken wie die EZLN auf militärischem Gebiet. Ihre Mitgliedsorganisationen wirken schließlich im ländlichen Bereich im ganzen Staat. Aber man muß natürlich berücksichtigen, daß sie alle eine lange Vergangenheit haben, die mit Verrat, Mißgunst, Rachegefühlen und allen diesen unschönen Dingen belastet ist. Und in bestimmten Momenten können diese Faktoren die Oberhand gewinnen. Die Leute kennen sich ja schon seit langem. Da werden leicht alte Rechnungen präsentiert. Aber, wie schon gesagt, wenn sie den richtigen Schlüssel finden, also sich auf die Forderungen nach Land und Freiheit konzentrieren, hat dieses Bündnis sicher eine Zukunft. Wenn es gelingt, interne Streitereien und Abwerbemanöver zu überwinden, sich voll und ganz auf die heute wie vor 75 Jahren gültigen zapatistischen Forderungen einzulassen, kann die CEOIC auf politischem Gebiet gemeinsam mit der EZLN auf militärischer Ebene diesen Staat vernünftig regieren. Wir stellen für sie eine Schutzmacht dar. Wenn irgendetwas passiert, rufen sie uns, und wir sind dann zur Stelle, um eventuelle Angreifer unschädlich zu machen. Und da wir nicht nach der politischen Macht streben, einige Leute der CEOIC aber sehr wohl, gibt es mit uns auch keinen Streit. Der hat höchstens interne Ursachen. Einzelne Mitgliedsorganisationen der CEOIC haben den Kontakt zu uns gesucht, um Gespräche gebeten. Das geheime Kommando-Komitee hat dies aber abgelehnt, mit der Begründung: entweder mit allen oder mit keinem. Es kann nicht darum gehen, Kontakte zu einzelnen Organisationen zu pflegen, das schafft nur Spaltung. Mit einer gemeinsam getragenen Kommission jederzeit. Ich denke, daß diese Entscheidung korrekt ist. Denn man darf nicht vergessen, mit welcher Absicht die CEOIC gebildet wurde. Salinas und Setzer (der kurzfristig eingesetzte Interimsgouverneur von Chiapas) verfolgten Bauern und Kämpfer, ganz nach dem Muster der Zapata-Armee von damals. Seit dem Kriegsausbruch lösen sie sich gegenseitig ab. Manche kommen in die Reihen der Armee, manche scheiden vorübergehend aus, um sich dem Acker zu widmen, je nach Turnus. Die Familien derer, die die militärischen Positionen halten, werden von den anderen jeweils mitversorgt. Das haben wir schon seit langem so organisiert. (...)

Die landwirtschaftliche Produktion wird trotz des Kriegszustandes aufrechterhalten?

Ja. Sie ist ebenso kärglich wie vorher auch. Das ist natürlich von langer Hand vorbereitet. Wir waren uns natürlich darüber im klaren, daß die Arbeitsbedingungen nicht die gleichen sein würden wie vorher. Also mußten die anfallenden turnusmäßigen Aufgaben gut verteilt werden. Besonders reiche Ernten wegen des Aufstandes sind ja nun leider nicht zu erwarten. Uns geht es genauso dreckig wie vorher auch.

Eine Frage, die wir uns auch in Deutschland sehr häufig gestellt haben: Wie verträgt sich das grundlegend demokratische Selbstverständnis der EZLN mit der zwangsläufig hierarchischen Struktur einer Armee, mit Befehlsgehorsam und Disziplin und all den bekannten militärischen Untugenden. Wie löst ihr diesen Widerspruch?

Natürlich hat es diesen Widerspruch von Anfang an gegeben. Die EZLN ist eine politisch-militärische Organisation, und so etwas ist das Un(Anti)-Demokratischste der Welt. Alles läuft von oben nach unten, einer befiehlt, die anderen müssen gehorchen. Als wir mit dieser Struktur in Kontakt traten mit den demokratisch strukturierten indianischen Dorfgemeinschaften, prallten diese Gegensätze natürlich aufeinander. Dies geschah aber auf der Ebene der Basis, und hier dominiert deutlich der indianische Sektor. Will die politisch-militärische Kommandoebene überleben, muß sie sich diesem Sektor unterordnen, muß sie die Strukturen akzeptieren, die die Dorfgemeinschaften vorschlagen. Will die Armee als solche wachsen, und nicht eine kleine Guerillagruppe bleiben, wie wir das aus der lateinamerikanischen Guerillageschichte kennen, will sie wirklichen Rückhalt in der Bevölkerung bekommen, so muß sie diese andere Struktur akzeptieren. So löst sich dann auch der Widerspruch: Es gibt Entscheidungen, die demokratisch herbeigeführt werden, und solche, die rein gebildet, in dem alle Ethnien vertreten sind.

Die Mitglieder der EZLN sind z.T. sehr jung. Besteht da nicht das Risiko, daß diese Jugendlichen militarisiert statt sozialisiert werden? In El Salvador konnte man dieses Problem beobachten, daß Jugendliche, die mit elf Jahren zur Guerilla stießen, später enorme Schwierigkeiten hatten, sich ein anderes als das militärische Leben vorzustellen. Mit einer Waffe waren sie wer, hatten Macht, aber ohne?

Na ja, wir sind halt auch sehr sympathisch, da liegt schon ein Unterschied. Nein, die Mehrheit der Kombattanten ist zivil, und die Zivilisten werden auch immer in der Mehrheit bleiben. Der militärische Teil ihres sozialen Lebens ist minimal, das Wichtige sind die sonstigen sozialen Beziehungen. Die Waffen werden sie auf jeden Fall nicht abgeben, wenn Du darauf hinauswillst ...

Nein, nein, das war nicht die Frage ...

Aber ich will es trotzdem nebenbei sagen, die Waffen waren 10 Jahre lang vergraben. Gegen irgendwelche Versprechen werden wir die Waffen nicht austauschen.

Und sie sind auch schnell wieder eingegraben?

Das kommt immer drauf an. Wir hängen schließlich nicht an den Dingern. Wenn sich eine Lösung des Konflikts anbahnt, wenn Traktoren angeboten werden, wird es sicher nicht schwer sein, die Leute zur Auslieferung der Waffen zu bewegen. Es gibt viele unter uns, die absolut nicht den Wunsch haben, eine militärische Laufbahn zu machen. Die wollen eher Arzt, Ingenieur, Astronaut, Rocksänger oder was auch immer werden.

Es war zu hören, daß ihr den Zugang zu der von euch kontrollierten Region verminen wollt.

Das ist bereits geschehen.

Eine häßliche Sache ...

Noch häßlicher sind die Panzer.

Stellen die Minen nicht auch eine Gefahr für die Zivilbevölkerung dar?

Nein, nein. Das sind keine selbstzündenden Minen, wie sagt ihr doch gleich – keine Bobby-traps. Die werden nur aktiviert, wenn akute Gefahr besteht, und sie werden auch nicht einfach an x-beliebigen Orten ausgelegt, wo man sie nachher nicht mehr wiederfindet, sondern nur an den potentiellen Panzerstraßen. Die Infanterie für die Regierung. In den nationalen Medien geschah ähnliches. Angesichts der Bilder bricht das ganze Lügengebäude zusammen, wonach es sich bei den Aufständischen um Ausländer, Drogenkriminelle, Castristen etc. handele. Niemand bezweifelt mehr, daß es sich bei den Aufständischen um mexikanische Indígenas handelt. Die Forderungen der EZLN finden Verbreitung, und immer mehr Leute sagen sich: Die haben ja Recht, wir wollen das Gleiche.

Sie verstehen die Gründe für diesen Krieg und sagen zu der Regierung: Die Schuld an diesem Krieg hast Du, nun löse den Konflikt auch, und zwar ohne Schüsse! Die Regierung fühlt sich also wegen des internationalen Images und wegen des nationalen Druckes gezwungen, das Feuer einzustellen. Außerdem kann sie nicht wirklich einschätzen, welche Kraft hinter der EZLN steht. Insofern dient ihr der Dialog auch, um herauszubekommen, welche Dimensionen der Kampf tatsächlich hat. Sie wußte ja nicht einmal, wen sie vor sich hat. Manche Leute glaubten auch, daß es sich um einen abtrünnigen Flügel der PRI selbst handele. Es sind also nichtmilitärische Umstände, die zur Feuerpause geführt haben. Ich habe mehrfach gesagt: Es ist weder die Stärke der EZLN noch die Großzügigkeit der Regierung, sondern der Druck der zivilen Gesellschaft in Verbindung mit den Kommunikationsmedien, die zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zwingen. Die Gründe des Kampfes stellt niemand mehr in Zweifel. Die Schuld trägt die Regierung, entweder weil sie Bescheid wußte, oder weil sie nichts wußte. In beiden Fällen macht sie sich schuldig.

Habt ihr mit einer so breiten Unterstützung der Zivilgesellschaft gerechnet, oder kam das für euch überraschend?

Nein, uns hat der Befehl zur Feuereinstellung auch überrascht. Wir waren gerade auf dem Rückzug, mit der Verminung der Brücken und Zugangswege beschäftigt. Ich fragte mich: Wie ist das möglich? Wir sind dabei, uns in die Berge zurückzuziehen, nicht auf dem Vormarsch auf Tuxtla Gutierrez (Hauptstadt von Chiapas – die Red.), was steckt dahinter? Wir waren auf eine viel längere Zeitspanne eingerichtet, auf Monate oder im schlechtesten Falle auf Jahre, bis ein solcher Befehl erfolgt. Denn wir dachten, daß die Regierung die Kontrolle über die Presse sehr viel restriktiver handhaben werde. Und genau das

Fortsetzung auf Seite

Veranstaltungsankündigung:

"Nazi-Zeitungen im Wedding"

Die Nazi-Presse ist ein wichtiges Sprachrohr für die rechtsextreme Szene. Leider werden immer noch einige dieser Zeitungen an Kiosken im Wedding verkauft.

Zu diesem Thema findet am **Sonntag, den 19.Juni um 17.00 Uhr** eine Veranstaltung im **AntiFa-Café-Wedding** statt.

Anhand der Nazi-Zeitung "Junge Freiheit" sollen die Themen herausgearbeitet werden, mit denen sich diese Zeitungen beschäftigen.

Neben der rassistischen Hetze auf MigrantInnen ist auch der "Geschichtsrevisionismus" ein Schwerpunktthema: Darunter Versteht man/frau die Verharmlosung deutscher Geschichte und die Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen an Millionen von Juden und Jüdinnen, an Nichtdeutschen und anderen Menschen, die nicht dem Ideal der "Herrenrasse" entsprachen. Diese Geschichtsverfälschung der Neuen Rechte hat zum Ziel, aus den Schatten der Geschichte herauszutreten, und damit Ihre Gedanken und Ideologien wieder etablieren zu können.



Auf der Veranstaltung sollen auch die Verbindungen der ZeitungmacherInnen mit anderen Neonazis gezeigt werden. Das Spektrum des Kreises reicht vom rechten Lager der CDU bis hin zu militanten Neonazis.

Die Veranstaltung soll aber nicht nur der reinen Information dienen, sondern auch als Diskussionsforum, um sich z.B. über Gegenmaßnahmen Gedanken zu machen. Es wird auch berichtet an welchen Kiosken im Wedding diese Zeitungen noch verkauft werden.

Falls Sie Interesse an diesem Thema haben, kommen Sie doch einfach vorbei. Und falls sie keine Zeit haben sollten, hier einige Tips, was Sie alleine gegen den Verkauf von Nazipropaganda an Kiosken machen können:

- Fragen Sie an Ihrem Kiosk nach der "Jungen Freiheit", "National Zeitung" oder "Deutsche Wochen Zeitung". Wird dort eine oder sogar mehrere dieser Zeitungen verkauft, sprechen sie mit dem Verkäufer oder der Verkäuferin. Diese Zeitungen müssen nicht verkauft werden!

- Sollten diese Zeitungen dann weiterhin verkauft werden, suchen sie sich einfach einen anderen Stammkiosk, der diese Zeitungen nicht verkauft. Das dürfte im Wedding mit seiner Kioskdichte eigentlich nicht schwerfallen.

Ort: AntiFa-Café-Wedding
in der Putte e.V./Fabrik Osloer Straße
Osloer Str. 12
U8 Pankstraße oder U9 Osloer Straße
Zeit: 19. Juni 17.00 Uhr

Fortsetzung von Seite 21

gelang ihr nicht, vor allem nach den Ereignissen in Ocosingo. Seitdem glitt ihr die Zensur aus den Händen. Wir haben schon darauf vertraut, daß die Leute früher oder später die Berechtigung für unseren Kampf verstehen würden, in dem Maße, in dem sie von den unwürdigen Lebensverhältnissen hier Kenntnis erhalten. Jetzt sind viele Menschen erstaunt, daß der bewaffnete Aufstand nicht schon viel früher stattgefunden hat, daß wir so lange gewartet haben.

Von den Bombenanschlägen Mitte Januar in der Hauptstadt und an anderen Orten habt ihr Euch von Anfang an distanziert. Wie verfahrt ihr mit Gruppen, die auf diesen Zug aufspringen wollen?

Wir haben immer gesagt, daß wir von terroristischen Aktionen nichts halten. Wir kämpfen gegen eine Armee und eine Polizei, die bewaffnet sind. Wir kündigen unsere Angriffe auch an und beobachten die entsprechenden Reaktionen. Wir billigen aber auf keinen Fall Angriffe auf zivile Objekte, so rechtsgerichtet sie auch sein mögen, denn damit würden wir uns auf die Ebene der Regierung begeben, die allerdings die Zivilbevölkerung drangsaliert. Es hat eine Weile gedauert, bis wir uns davon distanziert haben, weil wir auch erst viel später von den Anschlägen erfahren haben. (...)

Die ILA ist zu beziehen über: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn.



An alle AbonnentInnen der Berliner Zeitung !


Im Gegensatz zur taz , dem "Tagesspiegel" , der "Jungen Welt" und dem "Neuen Deutschland veröffentliche die "Berliner Zeitung" am 25.5.94 die Fahndungsfotos der im "Fall Kaindel" noch gesuchten 6 AntifaschistInnen.
Wir wissen , daß viele LeserInnen der Interim die Berliner Zeitung im Abo beziehen und fordern hiermit die Betreffenden auf , ihr Abo mit entsprechender Begründung zu kündigen!
Eine Zeitung , die sich an der Suche unserer Freundinnen und Freunde aktiv beteiligt , sollten wir nicht mit einem Abo unterstützen.
Die Abozahl ist ein für alle Zeitungen entscheidender und empfindlicher Punkt und deshalb sind Kündigungen auch ein gutes Mittel , der Zeitung unseren Unwillen gegen diese Form von Obrigkeitshörigkeit kundzutun.
Wir danken der "Jungen Welt" dafür , daß sie anstelle der Veröffentlichung der Fahndungsfotos den gesuchten AntifaschistInnen viel Glück gewünscht hat.

einige Angehörige und FreundInnen der inhaftierten und gesuchten AntifaschistInnen

Freiheit und Glück

Seit Dienstag, so melden die Nachrichtenagenturen dpa und AP, sind die Anklagen gegen die gefangenen türkisch-kurdischen Antifas in Berlin veröffentlicht. Seitdem fahndet die Polizei auch bundesweit öffentlich und mit Fotos nach sechs anderen Menschen wegen des Anschlags auf den DL-Funktionär Kaindl. Wir wünschen allen davon Betroffenen trotzdem alles Gute! *(jW)*





Einige Gedanken zur Antirepressionsarbeit im "Fall Kaindl"

Seit November '93 richtet sich die Repression im "Fall Kaindl" konkret gegen 11 Frauen und Männer, denen gemeinschaftlich begangener Mord und 6-facher Mordversuch vorgeworfen wir. 5 Menschen sitzen im Knast, 6 leben seitdem illegal.
Seit Beginn der Solidaritätsarbeit zeichnen sich unter den UnterstützerInnen der Gefangenen und Gesuchten und auch in den öffentlich geführten Diskussionen der Linken (siehe zahlreiche Interim-Veröffentlichungen) unterschiedliche Herangehensweisen und Einschätzungen über die politische Ausrichtung der Antirepressionsarbeit ab. Dahinter steht - oft unausgesprochen - die Frage, wie die Aktion, der die 11 Frauen und Männer beschuldigt werden, zu bewerten ist.
Der Knackpunkt der Aktion ist die Tatsache, daß bei dem Angriff - ein Faschist getötet wurde.
Wir denken, daß jetzt, nach der Verhaftung und Verfolgung von AntifaschistInnen, viele Leute mehr Bauchschmerzen mit der Aktion haben, als in den 1 1/2 Jahren, die zwischen Aktion und Festnahmen liegen. Das mag zum Teil daran liegen, daß es vor der Repressionswelle nicht die Notwendigkeit gab, sich differenziert mit der Aktion auseinanderzusetzen. Viele hatten eine eher gefühlsmäßig bestimmte, verhalten zustimmende oder verständnisvolle Haltung zu der Aktion.
Die Kritik, die jetzt von UnterstützerInnen geäußert wird, ist unseres Erachtens, wenigstens teilweise, dem Erschrecken vor der Repression geschuldet und der Tatsache, daß es unmöglich erscheint, das politische Klima so zu beeinflussen, daß viele Verständnis für das Zustandekommen der Tötung eines Faschisten zeigen, was aber notwendig wäre, um Druck auf das Gericht zu machen.

<u>Kleiner Exkurs zurück zum April des Jahres '92:</u>
Wir erinnern uns: Im Frühjahr '92 gab es keine breit geführte, öffentliche Diskussion über die Tatsache, daß ein Faschist bei einer antifaschistischen Aktion um's Leben kam. Die Stellungnahmen in den einschlägigen linken Zeitungen waren vereinzelt und noch seltener wurde grundsätzliche moralische und politische Kritik an der Aktion geübt.
Die wenigen Beiträge, die es zum Thema gab, beschäftigten sich in erster Linie damit, sich in die Menschen reinzuversetzen, die die Aktion gemacht hatten. Die VerfasserInnen der Papiere drückten ihnen ihre Solidarität aus. Außerdem wurde die Aktion mit den eigenen Erfahrungen bei Angriffen verglichen und darüber nachvollzogen, wie es zu einer Tötung kommen konnte.
Daran, daß es sich bei der Aktion gewissermaßen um einen "Unfall" und nicht um die geplante, gezielte Tötung eines Faschisten handelte, bestand kein Zweifel.

Eine Gruppe von AntifaschistInnen schrieb:
"(...) Unter antifaschistischem Selbstschutz verstehen wir nicht, erst dann an Gegenwehr zu denken, wenn wir selbst direkt von einem Angriff bedroht oder betroffen sind, sondern wir wollen den Faschisten immer aktiv etwas entgegensetzen, wenn es uns möglich ist. (...) Antifaschistischer Selbstschutz ist, wenn wir sie daran hindern, ihre Projekte aufzubauen und durchzuziehen, wenn wir sie nirgends in Ruhe lassen. Daß in einer direkten Konfrontation die Möglichkeit der Tötung eines Faschisten liegt, finden wir ein tragbares Risiko (...) angesichts des Ausmaßes der (Lebens) Bedrohung insbesondere von AusländerInnen,..." (1)..

Aus der Stellungnahme: "Einige Überlegungen zur Tötung eines Faschisten" (2).:

"(...) Vor einem Jahr fühlte ich mich dazu (zu militantem Vorgehen gegen FaschistInnen) noch nicht in der Lage, für Schutzmaßnahmen schon. Alle, die so handeln begeben sich in Gefahr für Leib und Leben. (...) Mit diesen Ängsten umzugehen zu lernen heißt, sich auf einen schwierigen Grat zu begeben. Ich selber möchte natürlich nicht verletzt werden. Das ist eine immer bestehende Angst welche die Tendenz zur Folge hat, sich z.B. stärker zu bewaffnen als nötig. Andererseits möchte ich auch niemanden zum Krüppel machen und ich bin dann auch zu zaghaft im Vorgehen, so daß es wiederum gefährlich für mich werden kann. In diesem Widerspruch bewege ich mich also, wenn ich offensiv militant

gegen Faschisten vorgehe. Die Gefahr, daß dabei ein Faschist stirbt, besteht, und darum kann sich keine/r drumherum drücken. Ich behaupte, jedem/r hätte das Gleiche passieren können, wie den Menschen, die die Aktion im Chinarestaurant durchgeführt haben. Wer also militanten, offensiven Antifaschismus für notwendig erachtet, aber nicht bereit ist, die Folgen politisch mitzutragen, verhält sich politisch inkonsequent und entsolidarisierend. (...) Sicher möchte ich kein Menschenleben und sei es das eines Faschisten auf dem'Gewissen' haben. Damit werden sich auch die Beteiligten an der Aktion im Chinarestaurant auseinandersetzen. (...)"

Im Interim Vorwort Nr.: 189 wurde diese Haltung öffentlich angegriffen:
"Wir halten (die Tötung eines Faschisten) für kein tragbares Risiko und schon lange nicht für eine politische Perspektive. Die Auseinandersetzung mit Faschisten darf nicht in einer Totschlagsmentalität enden. Die Gefahr der politischen Isolierung und die Reduzierung des Antifaschismus auf die härtesten physischen Bedrohungen gilt es zu verhindern. Die 'Lässigkeit' mit der die politische Tötung als Restrisiko abgehandelt wird, können wir nicht nachvollziehen!"

Außer im Vorwort der Interim gab es in der Diskussion '92 keine verurteilenden oder distanzierenden Beiträge sondern ausschließlich Verständnis und Solidarität.
Weit verbreitet war die, wenn auch oft unausgesprochene Haltung: "Jetzt hat es auch mal einen von denen erwischt..."
Diese Haltung ist sicherlich insofern kritikwürdig, als sie keine gezielte politische Bestimmung zum Thema: "Tötung eines Faschisten" enthält, sondern eher eine gewisse Gleichgültigkeit ausdrückt. Sie ist sicherlich auch dem Gefühl von Ratlosigkeit und Ohnmacht geschuldet, das bei vielen Linken gerade in dieser Zeit angesichts der rassistischen Pogrome und massiven Angriffen breiter Teile der Bevölkerung auf MigrantInnen aufkam und das in eine Mischung aus Frustration und Haß führte.

Dennoch teilen wir die Einschätzung der VerfasserInnen des Textes "Solidarität ist eine Waffe!!! Einige Gedanken zur EX-Veranstaltung am Samstagabend" (3):
"(...) Auch wenn es in der Autonomen Antifa bisher Konsens ist, faschistische Kader nicht zu töten, so würden es doch nicht wenige sein, die, sollte beispielsweise A. Priem von einer antifaschistischen Gruppe getötet werden, sich darüber riesig freuen würden und dies auch politisch voll in Ordnung finden würden.
Und seien wir doch mal ehrlich. Nach der Tötung von Kaindl dachten doch viele - na und? Hat's mal eine von denen erwischt.(...)
Es zeigt sich zumindest, daß es für die Tötung eine gewisse Akzeptanz auch in der Szene gibt."

Die Vorstellung der Tötung Priems ist nicht ganz vergleichbar mit dem Tod Kaindls im Chinarestaurant, weil in dem Text (unausgesprochen) die gezielte Tötung Priems durch eine antifschistische Gruppe gemeint ist. Trotzdem stimmen wir damit

überein, daß Teile der Linken keine grundsätzlichen moralischen Probleme mit der (auch gezielten) Tötung von Nazifunktionären haben. Über mögliche politische Probleme, die mit der Tötung von Nazis als Strategie zusammenhängen, ist bisher seitens der radikalen Linken so gut wie nicht diskutiert worden, so daß durchdachte Positionen dazu bisher nicht veröffentlicht sind.
Da 1992 keine differenzierte Auseinandersetzung um die Aktion oder um die Tötung von Faschisten, sei es als Risiko oder als Strategie, stattgefunden hat, kann jetzt bei der Bestimmung der Antirepressionsarbeit auch nicht darauf zurückgegriffen werden.
Das erweist sich mehr und mehr als nachteilig, weil nun die versäumte Diskussion durch den Druck der Repression und der Sorge um die Gefangenen und Gesuchten beeinflußt und verzerrt wird.

Unterschiedliche Herangehensweisen in der Solidaritätsarbeit:
Am einfachsten erscheint die Position derer, die Anti-Repressionsarbeit trennen wollen von jeglicher Diskussion um die Aktion (so vertreten von der Roten Hilfe).
Demnach soll die Solidaritätsarbeit aufgebaut werden allein auf der Tatsache, daß Leute wegen einer antifaschistischen Aktion



verfolgt werden. Jede Diskussion um die Aktion wird in diesem Zusammenhang falsch gefunden, da sie den Gefangenen schaden und bei Kritik an der Aktion zur Entsolidarisierung führen könnte. Leuten, die diese Einschätzung nicht teilen und Diskussionen und Positionen zur Aktion in die Öffentlichkeitsarbeit einbeziehen wollen, wird vorgeworfen, sie wollten auf Kosten der Gefangenen und Verfolgten die eigenen politischen Positionen stärken. Durch eine "draußen" formulierte politische Position der UnterstützerInnen würden besonders die Gefangenen unter Druck gesetzt und Erwartungen an sie gerichtet. Sie könnten sich nicht mehr "frei" bzgl. der eigenen politischen Stellungnahmen zu dem Vorfall und der Prozeßstrategie entscheiden.

Wir teilen die Position der Enthaltung jeglicher politischer Stellungnahme zur Aktion nicht. Wir finden sie in Hinblick auf diesen Prozeß sogar falsch und kontraproduktiv.

Es wird keine Unterstützung für die Gefangenen von Menschen geben, die die Tötung eines Faschisten unter allen Umständen ablehnen und kein Verständnis für die Situationsdynamik bei einer solchen Aktion aufbringen.
Unterstützung von solchen Leuten, könnnen wir nur erwarten, wenn wir eine reine Unschuldskampagne machen. Nur dann, braucht sich nicht mit der Aktion auseinandergesetzt werden, bzw. kann sich auch deutlich davon distanziert werden.
Die allgemeine Verunsicherung, wie die Tötung zu bewerten ist, das Fehlen von klaren Stellungnahmen in der Unterstützungskampagne wird unseres Erachtens dazu führen, daß sich noch mehr Leute bei ihrer Unterstützung zurückhalten - und das sehen wir tatsächlich zum Nachteil der Verfolgten.
Deshalb finden wir es nicht richtig, den linken und liberalen Kräften, die wir für diesen Prozeß gewinnen müßten, um Druck zu machen, von vorneherein die Möglichkeit zur Distanzierung von der Aktion anzubieten.
Das passiert u.E. in der Unterstützungsarbeit dadurch, daß vertreten wird, ein Kriterium für die Bewertung antifaschistischer Angriffe sei, daß das Risiko der Tötung eines Nazi unter allen Umständen ausgeschlossen werden muß. Die Tatsache, daß bei der Aktion ein Nazi starb, diskreditiert die Aktion damit an sich. Sie ist, so die VertreterInnen dieser Position, allein schon dadurch ein Fehler.
Wir halten diese Kritik für weltfremd und unrealistisch. Jede/r der/die schon mal versucht hat, sich einen Angriff auf eine Gruppe von Nazis in einem Restaurant vorzustellen, wird zu dem Schluß kommen, daß dabei das Risiko z.B. eines Unfalls, Totschlags oder der unkontrollierten Eskalation einer Situation nie ganz ausgeschlossen werden kann.
Abgesehen davon, muß es uns doch, auch mal unabhängig von dem anstehenden Prozeß, darum gehen, die Akzeptanz und die Bereitschaft zu militanten Aktionen gegen FaschistInnen zu erhöhen.
Wir sollten statt des Angebots, sich zu distanzieren, die Zustände vor 2 Jahren schildern, in denen wir nicht mehr wußten, mit welchen Mitteln überhaupt noch wirkungsvoll gegen den rassistischen Mob vorgegangen werden kann, um die Morde und die Lebensbedrohung an Flüchtlingen und ImmigrantInnen, zu stoppen. Sie sind der politische Kontext dieser Aktion!
Schnell wird vergessen, wie panisch und ratlos und mit welchen unzulänglichen Mitteln wir diesem Mob gegenüberstanden. Niemand wußte damals, ob es nicht jedes weitere Wochendende zu Progromen kommen wird! Tatsächlich hat es in letzter Zeit (fast) keine vergleichbaren Massenangriffe mehr gegeben, totzdem befinden sich Flüchtlinge und ImmigrantInnen keineswegs in einer sicheren Position. Wir müssen vertreten, daß wir die selbstständige Organisierung von Flüchtlingen und ImmigrantInnen richtig finden, daß wir militante Aktionen gegen RassistInnen und FaschistInnen richtig finden und daß in diesem Zusammenhang eine Tötung nicht völlig auszuschließen ist.

An dieser Stelle sei nochmal die "Stellungnahme einiger Frauen und Männer aus dem UnterstützerInnenkreis zum 'Fall Kaindl'" angeführt:


"(...)Allen, die sich auch nur ein wenig in die Situation hineinversetzen können, wird klar sein, daß diese Aktion eine sehr spontane Reaktion auf die ungeheuerliche Provokation eines Treffens führender Nazi-Funktionäre in einem Lokal am Rande Kreuzbergs war, in deren Situationsdynamik Kaindl so schwer verletzt wurde, daß er starb.
Diese Aktion hätte in jeder anderen Stadt genau so passieren können und alle, die schon einmal vergleichbar spontan reagiert haben, wissen das.
Es wundert uns heute, daß es in den vielen bisherigen Auseinandersetzungen mit FaschistInnen nicht schon früher Tote unter ihnen gegeben hat. Wohl aber gab es Tote auf antifaschistischer Seite, weil die Nazis eine derartige Brutalität an den Tag legen, die Tote von vornherein einkalkuliert.
(...) Menschen, die von faschistischer Gewalt stärker/lebensgefährlicher bedroht sind als wir, werden unter Umständen andere Formen von Widerstand in ihre Überlegungen einbeziehen als die weiße deutsche Antifa, die ihren Arsch relativ im Trockenen hat; es bislang tut."

Abschließend wollen wir noch die Frankfurter MigrantInneninitiative Cafe Morgenland zu Wort kommen lassen, als ein Beispiel dafür, daß es wieder einmal an den direkt Betroffenen ist, eine deutliche Sprache zum Thema antifaschistische Gegenwehr zu sprechen. Damit wollen wir nicht einer ausschließlichen Betroffenheitspolitik das Wort reden, halten dies jedoch für ein weiteres Zeichen dafür, daß die weiße antifaschistische Linke es sich einfach machen kann, sich um die politischen Verhältnisse in diesem Land herumzulavieren.

"(...) Für uns ist die Frage der Gegenwehr gegen Nazis und RassistInnen eine Überlebensfrage. Wir bestimmen damit, ob und wieweit wir uns hier bewegen können. Und dies ist nicht einmal eine Frage der politischen Positionsbestimmung. Unsere Existenz hängt von ein paar Papieren und dem Wohlwollen unserer 'lieben MitbürgerInnen' ab. Auf letzteres können wir uns erst recht nicht verlassen. Und egal wie überzogen das für euch klingen mag: Selbst mit ein bißchen Rassismus ist das Leben unerträglich. Genau das beanspruchen wir, und dafür werden wir kämpfen. Es geht uns um unsere physische aber auch psychische und moralische Integrität. Wir werden nicht gesenkten Hauptes durch die Straßen schleichen, wir werden abends nicht neben dem Feuerlöscher verharren, sondern wir werden wo und wann immer wir dazu in der Lage sind, zurückschlagen.
Was stellt ihr euch vor? Sollen wir versuchen auf angreifende Nazis pädagogisch einzuwirken? Sollen wir der Oma, die nach fünfzig Jahren immer noch stolz ist auf das Hakenkreuz in ihrem Fühererschein Geschichtsunterricht erteilen? Dafür ist es längst zu spät. JedeR MigrantIn und jeder Flüchtling muß sich selbst entscheiden, wozu sie/er in der Lage ist.
Selbstverständlich ist es weitsichtiger, wenn man/frau seine/ihre Wahl der Mittel davon abhängig macht, ob eine Bewegung auch in der Lage dazu ist, die zu erwartende Repression zu ertragen. Dies zu entscheiden wäre allerdings nur dann möglich, wenn es eine Wahl des Zeitpunktes und der Mittel gäbe. So wie die Dinge stehen, liegt es an uns, die Solidarität in jedem Fall so gut und so offensiv wie möglich zu organisieren.
(...)
In diesem Sinne: 'Wenn RassistInnen angreifen, sorg dafür, daß sie es NIE WIEDER TUN!'" (4)

Fußnoten:
(1) Interim Nr.: 189 (3) Interim Nr.: ?
(2) Interim Nr.: 190 (4) Interim Nr.: 284


einige Antifaschistinnen ♀♀♀



zur solikampagne mit den antifaschistischen gefangenen

staat und bullerei nehmen die aktion zum anlaß eine antifaschistische immigrantInnen-organisation zu kriminalisieren. worüber wird in der soli-bewegung discutiert? wir glaubten unseren augen und ohren nicht. wir dachten, daß es sehr wohl konsens in der "linken" ist faschisten anzugreifen. daß bei einer direkten konfrontation einer von ihnen umkommt kann nicht als unpolitischer nebeneffekt betrachtet werden. wir haben eine gewisse freude empfunden, daß mal die richtigen was abgekriegt haben. was aber soll die discussion über die aktion in der solikampagne? es kann doch zu diesem zeitpunkt nicht darum gehen ob die aktion gut oder schlecht war. (spekulationen nutzen nur den bullen und der justiz). es geht darum, daß hier in diesem land der staat schon wieder gegen politisch aktive immigrantInnen-organisationen vorgehen. das ist staatlicher rassismus und der muß bekämpft werden! unserer meinung nach ist diese aktion in erster linie der anlaß eine kriminalisierungswelle gegen im antifaschistischen kampf organisierte immigrantInnen. die mehrheitlich eingeborenen linken zusammenhänge täten besser daran sich zu fragen, aus welchem grunde hierzulande kriminalisiert wird. wir denken, daß inhaltlich geredet werden soll, was auch schon im papier den ermittlungsausschusses steht. was uns aber bei dieser inhaltlichen discussion wichtig ist wird kaum thematisiert: wie können unterschiedliche linke kräfte zusammenkommen und ein gemeinsames handeln bestimmen? als erstes muß klar sein, daß es verschiedene kräfte gibt, die unterschiedliche inhaltliche positionen und bedingungen haben. wir sind als frauen lesben organisierte antiimperialistinnen und haben keine lust im linken einheitsbrei zu verschwinden (wie im EA-papier). eine einheit, die nicht existiert kann nicht einfach per gebrauch eines "wir" gelöst werden. es muß raum für unterschiede geben und es muß klar sein, daß inhaftierten und verfolgten antifas unsere solidarität gehört! und es muß auch klar sein, wann sie aufhört. z. bsp. bei bewußter zusammenarbeit mit staat und bullerei. aussagen haben folgen für die struktur, für konkrete genossInnen und für den/diejenigen, der/die sie macht. wann ist der zeitpunkt, an dem ich mit meiner eigenen identität breche? wenn ich eine genossin dem feind ausliefere. wie kann sich jemand wiederfinden, wenn aussagen unter folter erpreßt worden sind? aber verdammt, wir können nicht warten bis unsere kollektiven lebenszusammanhänge (siehe EA-papier) funktionieren, um das maul halten zu können. außerdem: wer sagt, daß alle linken in solchen zusammenhängen leben wollen? es wird immerwieder gleichheit vorrausgesetzt wo wir sie nicht sehen. solange wie wir es nicht schaffen mit unterschiedlichkeiten zusammenzuarbeiten werden wir nicht weiterkommen.

solidarische und kämpferische grüße an Fatma!



Es gehen weniger Gewalttaten auf das Konto der autonomen Szene

Verfassungsschutz: Dennoch bleibt Berlin die Hochburg der sogenannten Autonomen

Aktivisten sind bundesweit durch Computer vernetzt

Berlin wird vom Landesamt für Verfassungsschutz zwar immer noch als Hochburg der autonomen Szene in Deutschland eingeschätzt, doch hat sich die Zahl der gewaltsamen Aktivitäten in diesem Jahr drastisch verringert. Wurden im ersten Quartal 1994 rund 30 Gewalttaten registriert, die autonomen Gruppen zuzuordnen sind, waren es im Vergleichszeitraum des Vorjahres 180, berichtete der stellvertretende Amtsleiter Klaus Müller gestern im Parlamentsausschuß für Verfassungsschutz. Die verschiedenen Gruppierungen seien untereinander zerstritten. Ein im Herbst geplanter „Autonomer Kongreß" in Berlin solle die Szene offenbar wieder zusammenschweißen.

Nach Informationen der Verfassungsschützer wird in autonomen Kreisen zur Zeit darüber diskutiert, ob in der gewalttätigen Konfrontation mit rechtsextremen Gruppierungen „auch die Tötung einzelner Personen billigend in Kauf genommen werden könne". Dies wäre der Ansatzpunkt für eine sehr gefährliche Entwicklung, warnte der Leiter des Verfassungsschutz-Amtes, Heinz Annußek, im Ausschuß des Abgeordnetenhauses. Aktuell beschränken sich die Autonomen in Berlin weitgehend auf Sachbeschädigungen, sprich das „Abfackeln" von Autos und Baufahrzeugen. Verantwortlich dafür ist nach Informationen der Polizei und der Verfassungsschützer weitgehend die autonome Gruppierung „Klasse gegen Klasse", die laut Müller „marxistisch-leninistisch" orientiert ist und den Kreuzberger Mittelstand als Hauptgegner auserkoren hat.

Inzwischen hat sich auch die autonome Gruppe „Volkssport" zu Anschlägen auf Kraftfahrzeuge bekannt. Für weitere Nachahmergruppen hat das Landesamt bisher keine Anhaltspunkte. Müller deutete gestern im Ausschuß an, daß der Verfassungsschutz Personen unter Beobachtung habe, die mit „Klasse gegen Klasse" in Verbindung stünden. Es sei allerdings noch nicht gelungen, „diese Gruppierung transparent zu machen". Der Verfassungsschutz zählt in Berlin rund 1200 Personen zur autonomen Szene. Bundesweit (5000 Autonome) gebe es einen Trend zur computerunterstützten Vernetzung der Szene, teilte Müller den Abgeordneten mit. Einer der fünf „Info-Stützpunkte" befinde sich in Berlin, die Zentrale in Mainz, mit Verbindungen in andere europäische Länder wie Frankreich und Italien. Zum weiteren linksextremistischen Potential in Berlin rechnet das Landesamt rund 50 Personen im RAF-Umfeld, etwa 100 Anarchisten und 900 Alt- und Neulinke mit marxistisch-leninistischer oder ähnlicher Ausrichtung.

Die mehrfach kritisierte Auskunftspraxis des Landesamts für Verfassungsschutz gegenüber Bürgern, die sich beobachtet und gespeichert fühlen, ist im Verfassungsschutz-Ausschuß erneut diskutiert worden. Die Berliner Datenschutzbehörde kritisiert eine interne Arbeitsanweisung des Landesamts über das Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht als restriktiv und setzt sich für eine großzügige Handhabung ein. Genau 211 Bürger haben 1993 Auskunft begehrt. 128 Anträge hätten nicht bearbeitet werden können, argumentierte Amtsleiter Annußek, weil trotz Rückfragen der Verfassungsschützer das gesetzlich geforderte „begründete Interesse" an der Auskunft nicht dargelegt worden sei.

za

Stoppt Tierversuche!!!

Im Tierstall der FU Berlin und anderswo!!!

Wir haben heute 13.06.94 um 13.30 Uhr den Eingang des Tierstalles des Instituts für Tiermedizin der FU Berlin blockiert, um euch StudentInnen an der Durchführung eines Tierversuches zu hindern.

Die meisten von euch StudentInnen beginnen das Tiermedizinstudium höchstwahrscheinlich, weil ihr Tiere mögt und gerne auch später im Beruf mit Tieren zu tun haben möchtet.

Die Entwicklung die ihr während des Studiums durchmacht, deutet allerdings genau auf das Gegenteil hin. Mit System steigert sich von Semester zu Semester die Grausamkeit der am Tier vorgenommenen "Demonstrationen". Sind es anfangs Versuche, die dem Tier augenscheinlich kaum Schmerzen verursachen, steigert sich deren Dimension in einer solchen Art und Weise, bis unendliches Leid klar zu erkennen ist. An euch geht dies jedoch vorbei, wurdet ihr doch nach und nach genau auf diesen Moment vorbereitet. Die Abstumpfung gegenüber dem Tier (welchem ihr einst helfen wolltet) und den Qualen, die es von eurer Hand verursacht durchleiden muß, nehmt ihr nicht mehr wahr.

Wir verstehen diesen Text als einen Appell an euer Gewissen, und fragen euch, wie ihr darauf kommt, daß Tierversuche - egal welcher Art irgendeine Berechtigung haben?

Wir verzichten im folgenden bewußt auf einen medizinisch-wissenschaftlichen Fachjargon ebenso wie auf eine zweifelhafte hoch-wissenschaftliche Beweisführung, da wir nicht willens sind, auf einer solchen Ebene über Tierversuche zu diskutieren und uns in Diskussionen darüber verwickeln zu lassen, ob Tierversuche sinnvoll sind oder nicht. Unter ethischen Gesichtspunkten sind Tierversuche unter keinen Umständen akzeptabel, wären es auch dann nicht, wenn sie den Menschen helfen würden.

Ebenso wie wir gegen Tierversuche sind, die z.B. für den Menschen gemacht werden, sind wir auch gegen Tierversuche in der Tiermedizin. Tierversuche - egal welcher Art - sind Ausdruck eines zerstörerisch mechanistischen Medizinverständnisses, daß nicht verstehen kann - oder will -, daß Krankheiten keine Pannen und Lebewesen keine Maschinen sind, die sich nach Art defekter Autos reparieren lassen. Ein derartiges Medizinverständnis betrachtet nicht das gesamte Geschöpf und seine Lebensverhältnisse, sondern nur einzelne Aspekte und/oder Organe.

Darüberhinaus ist der Großteil der Krankheiten Resultat der Lebensumstände, in welche der Mensch aufgrund seines Überlegenheitsdenkens nicht nur sich sondern auch andere Lebewesen hineinzwingt. Tiere müssen ihr Leben in Käfigen, Stallungen, Wohnungen usw. fristen, in einer für sie absolut unnatürlichen Umgebung, um dem Menschen z.B. als Geldmaschine, Statussymbol und Schmuseobjekt zu dienen. Durch das Herausgerissensein aus ihrer naturgegebenen Lebensweise und die Überzüchtung zwecks "Verschönerung" bzw. Profitsteigerung wurden und werden Tiere immer anfälliger für "Zivilisationskrankheiten" wie sie auch bei Menschen ständig zunehmen.

Wir fordern die Abschaffung aller Tierversuche - auch im Tiermedizinstudium -, nicht nur weil sie an den Ursachen vorbeiexperimentieren, sondern weil Tiere fühlende Lebewesen sind, die Schmerz, Angst und/oder Gefangenschaft ebenso empfinden wie Menschen.

Tierversuche sind <u>nicht für</u>, sondern <u>gegen</u> Lebewesen!

Wehrt euch gegen Tierversuche im Studium!

Ein Zusammenschluß von Berliner TierrechtlerInnen im Juni 1994

WO BLEIBEN EURE SCHAM UND EURE TRÄNEN, DIE LEBEN UND MITGEFÜHL IN EUCH ZEIGEN - ODER SEID IHR BLOß MASCHINENMENSCHEN ?

Der Zoo ist ein Gefängnis - das ist unbestreitbar. Der Alltag der Insassen - Lebewesen, die aufgrund der Tatsache, daß sie nicht menschlich sind, eingesperrt werden - ist derartig von Einsamkeit, Isolation und Monotonie geprägt, daß aus einstmals freien, selbständigen Geschöpfen neurotisch -verkümmerte Wesen gemacht werden, die - abgesehen vom Äußeren - mit ihren freilebenden Artgenossen nichts mehr gemeinsam haben. Der schaukelnde Affe, die rastlos umherlaufende Raubkatze, der mit dem Kopf wackelnde Elefant - sie alle werden krank gemacht.

WIE KÖNNT IHR GLAUBEN EIN LEBEWESEN DÜRFE EIN ANDERES NACH BELIEBEN EINSPERREN ? ES IST EURE - IM WAHRSTEN SINNE DES WORTES - KRANKMACHENDE VERGNÜGUNGS-LUST UND FALSCHVERSTANDENE TIERLIEBE, UNTER WELCHER DIE TIERE SO LEIDEN!

Der Leidensweg der Tiere beginnt mit der Gefangennahme: Für einige Tiere - die nichts als Freiheit kennen - ist schon der Schock der Gefangennahme so groß, daß sie auf der Stelle sterben. Bis zur Ankunft im Zoo sind die Tiere dann Teil des internationalen Tierhandels über dessen Grausamkeit keinerlei Zweifel bestehen dürften: Herausreißen aus Tierfamilien, oftmals ermorden der Restfamilie, stunden- /tagelange Transporte eng zusammengepfercht, die der Großteil der Tiere nicht überlebt.

IM NAMEN WELCHEN PRINZIPS GLAUBT IHR, SIE SO MIßHANDELN ZU DÜRFEN ?

Haben sie all dies überstanden, erwartet sie das vielleicht sogar Schlimmste: Die Einsamkeit, die Monotonie, die Bewegungslosigkeit, die verzweifelte Sehnsucht nach Leben und Freiheit, die Unnatürlichkeit eines jeden Zoos.



WIE KÖNNT IHR EUCH IN DIESER WELT DER GEFANGENSCHAFT UND UNFREIHEIT UNGEZWUNGEN BEWEGEN UND WOHLFÜHLEN ?

Aber selbst hier ist der Leidensweg der Tiere noch nicht zu Ende! Da die meisten ZoobesucherInnen lieber junge "niedliche" als "häßliche" alte Tiere sehen wollen, besteht im Zoo ständiger Bedarf nach Jungtieren. Dies ist auch der eigentliche Grund für die Paarungsversuche. Es wäre naiv zu glauben, hier würde Leben aus sich selbst heraus und um seiner selbst willen entstehen. Leben wird hier aufgrund knallharten Profitkalküls hervorgerufen, wird provoziert und produziert. Auf der anderen Seite werden die Alttiere weiterverkauft, um so ihre "Rentabilität" bis auf den letzten Pfennig auszusaugen. Sie landen entweder in Privatzoos unter noch schlimmeren Lebensbedingungen oder werden ermordet, um als "Delikatessen" auf der Speisekarte sogenannter Feinschmeckerrestaurants zu landen.

WIE KÖNNT IHR DIE LEIDEN UND DIE ANGST DER TIERE RUHIGEN GEWISSENS IGNORIEREN ODER GAR VERNEINEN ?

Tiere sind fühlende Lebewesen, die Schmerz, Gefangenschaft oder Angst ebenso empfinden können wie Menschen. Die bloße Tatsache, daß die Menschen nicht in der Lage oder nicht willens sind, Mimik und Sprache der Tiere zu verstehen, mit welcher sie ihr Leid ausdrücken, bedeutet doch nicht dessen Nichtexistenz. Überall dort, wo sie Sorge und Mitgefühl bräuchten, stoßen sie auf Mauern der Gleichgültigkeit.

WAS MÜSSEN MENSCHEN FÜR BETONHERZEN HABEN, UM SICH AM ANBLICK EINES EINGEKERKERTEN LEBEWESENS ERFREUEN ZU KÖNNEN? ZOO BEDEUTET FÜR DIE TIERE LEBENSLANGE EINSAMKEIT UND ALLES BETÄUBENDE, ALLES ERSTICKENDE MONOTONIE.

TUT IHNEN DAS NICHT AN ! GEHT NICHT IN ZOOS!

GITTER UND ZÄUNE TÖTEN LEBEN - FÜR DIE FREIHEIT UND SELBSTBESTIMMTHEIT ALLER LEBEWESEN ! FÜR DIE SCHLIEßUNG ALLER ZOOS!

Literaturtip: Emilio Sanna "Verrückt hinter Gittern - Von den Leiden der Zootiere" Rowohlt 1992

Kontaktadresse und V.i.S.d.P: T.I.G.A., Villa Bel, Marchstr. 6, 10587 Berlin

Do. 16.6. Film: Phoolan Devi - Rebellion einer Banditin.
16.6.-22.6. im Eiszeit Kino 19 Uhr

ESSEN IM EX

- Schweinegeschnetzeltes "Basilikum"
- Kohlrabi- od. Sellerieschnitzel in Kokuscurry Soße mit Reis
- Kartoffeln-/Möhrenpurre mit Zwiebelnsoße.

17.6. Berlin
Mainzer Straße

STATTKINO Berlin | Haus der Demokratie

18.00 Uhr
Polizeidokumentation Mainzer Straße
1990 Der Polizeipräsident von Berlin
Ausschnitte aus einem Archivfilm der Berliner Polizei zur Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße November 1990.

19.00 Uhr
Sag niemals nie
1991 Kollektiv Mainzer Straße
Ein witziger, Wut und Mut machender und dokumentarisch wertvoller Film über das Leben und Wohnen in den ehemals besetzten Häusern in der Mainzer und die Räumung.

anschließend Diskussion mit damals beteiligten bzw. betroffenen Menschen

Fr. 17.6.

"Glaubt den Lügen der Mörder nicht"
Infoveranstaltung zu Bad Kleinen
dem Tod von Wolfgang Grams
und der Anklage gegen Birgit Hogefeld
Podiumsdebatte mit anschl. Diskussion
am Freitag, den 17. Juni
um 18 Uhr
im Raum H104, TU-Hauptgebäude
Straße des 17. Juni

STATTKINO
BERLIN e.V.

Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165
U-Bhf. Französische Straße

Sa. 18.6.

18.6. Hamburg
Hafenstraße

18.00 Uhr
Zwischen Dachziegeln und Pflastersteinen
1985 MPZ Hamburg
Ende 1985 ist die Stimmung gegen die Hafenstraße nach deren Solidarisierung mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF auf dem Höhepunkt. Eine Selbstdarstellung.

+ Die Augen schließen, um besser zu sehen
1986 MPZ Hamburg
Der Film gibt einen Überblick über die Geschichte der besetzten Häuser bis 1986 und geht dabei dennoch auf die Ereignisse im Jahre 1986 ein.

19.30 Uhr
terrible houses in danger
1987 MPZ Hamburg
AgitProp aus der Hafenstraße. Viel Power. Wenig selbstkritisches.

20.30 Uhr
St. Pauli - Hafenstraße Nr. 7
1994 I MPZ Hamburg
Der neueste Film aus der Hafenstraße: Was ist Utopie in der Hafenstraße? Wie hat sich ein Leben in 12 Jahren Hafenstraße entwickelt und verändert. Wofür steht Hafenstraße? Der Film gibt Auskunft über die Erfahrungen, Bedürfnisse, Notwendigkeiten und Widersprüche die existieren. Er macht deutlich, warum die Pläne der Genossenschaft besser waren als die städtischen.

21.30 Uhr
Selbst das kleinste Licht durchbricht die Dunkelheit
1990 MPZ Hamburg
Laut STERN ist die Hafenstraße die Kommandozentrale der RAF. Nun wurde die Kantine der Zeitschrift besucht.

22.30 Uhr
Irgendwie, irgendwo, irgendwann
1989 MPZ Hamburg
Die Hafenstraße Ende 1987, der Konflikt spitzt sich zu. Die Häuser stehen zwischen Räumung und Legalisierung. Radio Hafenstraße sendet, der Bürgermeister mauschelt und muß bald gehen. Eine Chronologie.

Soliparty für das **aas**
am 18.6. im SO 36 ab 22 Uhr

So. 19.6.

FRAUEN/LESBEN-FRÜHSTÜCK MIT ANSCHLIEßENDER DISKUSSION
AM 19.06. AB 11 UHR IM FRAUENRAUM (MEHRINGHOF)

Wir sind ein Bündnis, das Aktionen und Strategien gegen die aktuelle imperialistische Politik der BRD plant und durchführt.

Wir wollen uns gleichzeitig mit dem Begriff "Imperialismus" auseinandersetzen, um eine gemeinsame Basis zum Handeln zu haben.

Anhand verschiedener Texte möchten wir diskutieren und haben [illegible] uns beim letzten Frühstück (am 24.4.) auf folgende Diskussionsgrundlagen geeinigt:

1. Karam Khella "Imperialismus heute"
2. Lenin "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"
3. Lydia Potts "Weltmarkt für Arbeitskraft"

Die Diskussion wird in längeren Abständen regelmäßig stattfinden. Bei diesem Frühstück werden wir mit dem Text von Karam Khella beginnen.

Parallel dazu werden vom Bündnis weitere Aktionen vorbereitet.

Die Texte gibt es im Schoko-Cafe (Mariannenstr.4) und im Frauenraum im Mehringhof (2.HH, 4. Etage, samstags 16-21 Uhr, Tel 691 29 71).

Für Getränke zum Frühstück werden wir sorgen, bringt bitte selbst etwas zu essen mit.

FRAUEN/LESBEN-BÜNDNIS GEGEN IMPERIALISTISCHE KRIEGE

Terrible houses in danger

18.00 Uhr
Freiburg - Polizeiburg
1980 MW Freiburg
Mit 1200 Polizisten wurde im Juni das Dreisameck - ein besetzter Gebäudekomplex mit Wohnungen und Kulturzentrum - geräumt und die Stadt Freiburg für eine Woche in bürgerkriegsähnliche Zustände versetzt.

19.00 Uhr
Schade, daß Beton nicht brennt
1981 Novemberfilm-Kollektiv
Dokumentarfilm über Hausbesetzungen in Berlin.

20.30 Uhr
In Gefahr und größter Not, bringt der Mittelweg den Tod
BRD 1974 Alexander Kluge, Edgar Reitz
Gezeigt wird die Stadt Frankfurt am Main in Zuständen des Aufruhrs und Chaos, so gefilmt, daß dokumentarische Aufnahmen und fiktive Elemente eine explosive Einheit bilden... Der Karneval tobt in schaler, perverser Fröhlichkeit, an der Oper wird gestreikt, Polizei- und Baggereinsätze gegen Hausbesetzungen führen zu Straßenschlachten... Durch diese Schreckenslandschaft hasten zwei junge Frauen...

22.00 Uhr
In Gefahr und größter Not, bringt der Mittelweg den Tod

STATTKINO
BERLIN e.V.

Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165
U-Bhf. Französische Straße

AKTIONSKUNDGEBUNG GEGEN ZOOS

MIT THEATER VIDEO
STRAßENMALEREI INFOSTÄNDEN u.v.m

AM **19.6.**
VON 10 - 15 UHR
VORM ZOOLOGISCHEN GARTEN / HAUPTEINGANG

20.6. Mo. 20.6.
Terrible houses in danger

19.00 Uhr
Züri brennt
1980 VL Zürich
Es dauerte lange bis Zürich brannte. Als es endlich Feuer gefangen hatte, fand es keine Nahrung. Denn Beton tönt hohl und will nicht brennen.

20.00 Uhr
Schade, daß Beton nicht brennt

21.30 Uhr
Kubat - Dreieck
1988 KUbaxe RVZ
Wir befinden uns im Jahre 1988. Ganz Westberlin ist von der Obrigkeit besetzt... Ganz Westberlin? Nein! Ein von Kubaxen bevölkertes Dorf hört nicht auf Widerstand zu leisten.

22.30 Uhr
Schade, daß Beton nicht brennt

STATTKINO
BERLIN e.V.

Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165
U-Bhf. Französische Straße



Session - anarchistische Massenzeitung

Diskussion über das Weiterleben der "Session".

Dienstag, den 21.06.1994 20.00


oder es bleibt alles so wie es ist

„Wir sägen den Baum, den wir fällen wollen, an hundert Stellen mit einem Taschenmesser an, aus Angst, er könnte wirklich umfallen."

anarchistische
Session
radikale individualistische Zeitung

Das kleinere Übel ist immer das größere Übel. Lieber mit dem Hintern mitten in dem dickster Dreck, als zwischen zwei Nachtstühlen in der Luft hängenbleiben.

Aus den Tiefen der Berliner Arbeiterbewegung

Anarchistischer Medienladen



im El Locco Café
Kreuzbergstr.43,
10965 Berlin-Kreuzberg
(U- + S-Bahn Yorckstr.)

Di. 21.6.

Di.21.6.

KRIEG IM JEMEN

Info-Veranstaltung zur aktuellen Situation, zu den historischen und politischen Hintergründen des Krieges im Jemen, und zur Rolle des Westens und der BRD darin.

Seit 5. Mai 94 führt die Führung des Nordjemen um Ali Abdallah Salih einen Krieg gegen den Südjemen, der seit 1990 Teil der vereinigten **Jemenitischen Republik** war. Die ehemals im Süden alleinregierende **Jemenitische Sozialistische Partei** verweigerte seit August 1993 die Mitarbeit in der jemenitischen Regierung, weil die Parteienkoalition des Nordens (**Allgemeiner Volkskongreß** und **Islah**-Partei) die **Sozialistische Partei** marginalisieren und die südlichen Provinzen dem Norden politisch unterordnen wollte. Das Fortbestehen zweier getrennter Armeen, die über das gesamte Staatsgebiet verteilt waren, führte infolge der politischen Krise zu einem Zweistaatenkrieg.

Die nördliche Armeeführung lehnte bisher jeden vom Süden angebotenen Waffenstillstand ab. Sie versucht unter dem Vorwand des Erhalts der staatlichen Einheit, einen militärischen Sieg mit dem Ziel der Besetzung des Südjemen zu erreichen.

Nur verstärkter politischer Druck auf den Nordjemen durch die Staaten, die ihn protegieren, könnte verhindern, daß die Nord-Armee die südliche Hauptstadt Aden einnimmt und dabei Verwüstungen und Massaker an der Zivilbevölkerung anrichtet, die der Norden bereits angedroht hat. Die BRD als ein Staat, der im Jemen in der Entwicklungspolitik und bei der Rüstungshilfe stark engagiert ist, hat hier eine besondere Verantwortung.

In der Veranstaltung soll daneben auf die politische Geschichte der **Jemenitischen Sozialistischen Partei** eingegangen werden. Eine Referentin aus dem Jemen hat zugesagt.

Ort: "Blauer Salon" im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin 61
Zeit: Di., 21. Juni 94, 20 Uhr

Mi. 22.6.



HALT-MITTWOCH-FRAUEN AUSSTEIGEN!

Ein Treff für Anarchistinnen, die dann vielleicht auch den Dienstag, Donnerstag ... befreien.

Dieser Tag soll ein Untag sein. Weg mit der Hast, weg mit Terminen, Geschäften, Kinder versorgen, Männer bedienen. Ein Tag der Langsamkeit für uns. Perspektive träumen gegen die Alltagsmaschinerie.

Mittwoch, den 22.06.1994 ab 11.00

TUNTEN ROCKEN GEGEN RECHTS

Die ultimative Austreibung des engagierten Deutschen Liedguts

von den

BÖSEN TANTEN

Mittwoch, 22.6.94 & Donnerstag, 23.6.94

21.00 Uhr

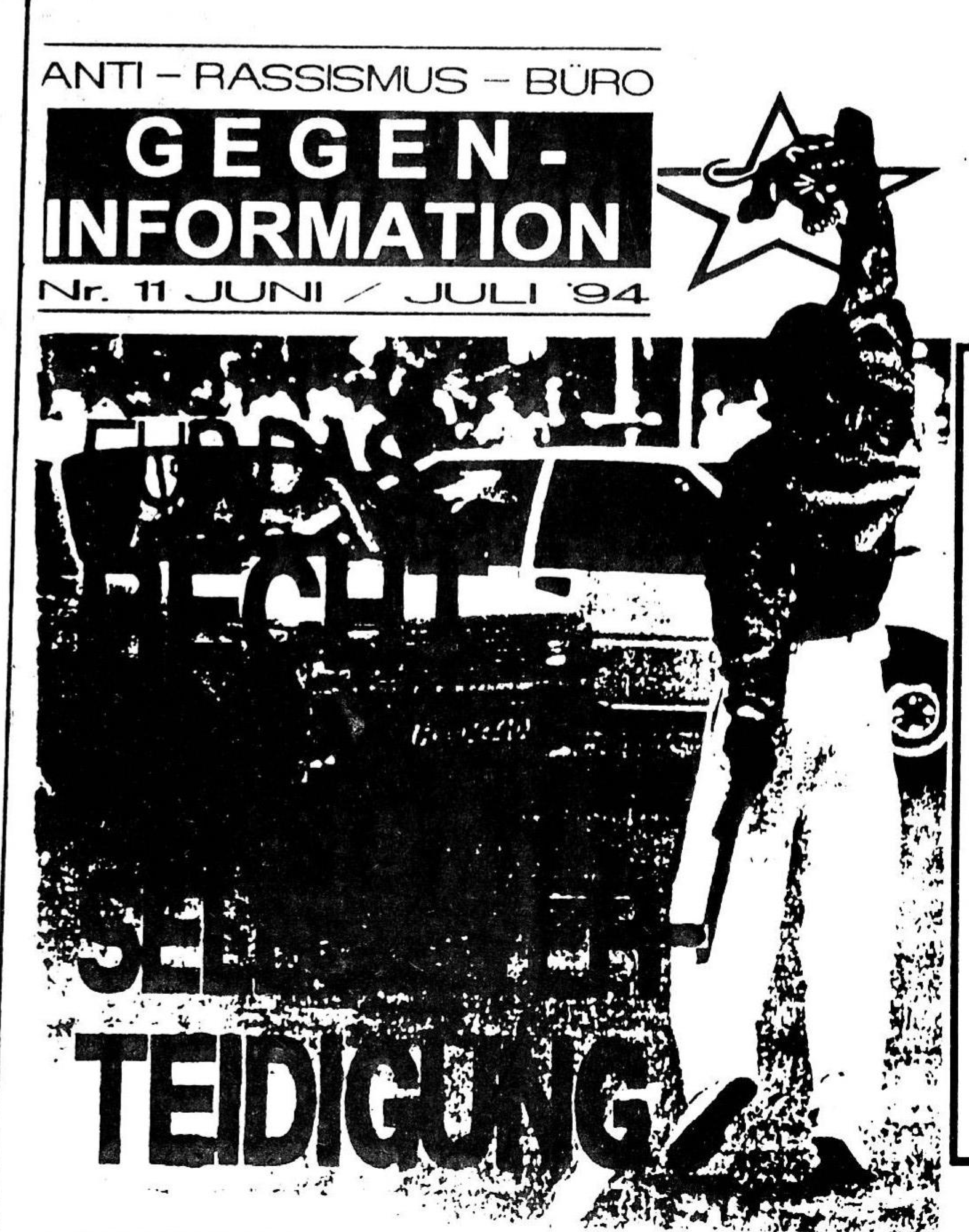
SCHWUZ
Hasenheide 54

Do 23.6.

"Der braune Ring um Berlin"
Infoveranstaltung über Fascho-Strukturen in Brandenburg
mit Referenten vom Antifaschistischen Bildungswerk und Pressearchiv Berlin
am Donnerstag, den 23. Juni
um 16 Uhr
im Hörsaal 2 (in der Rostlaube)
Habelschwerdter Allee 45



Kontaktadresse: Hüttendorf
c/o Spillmannsweg 5
26871 Papenburg



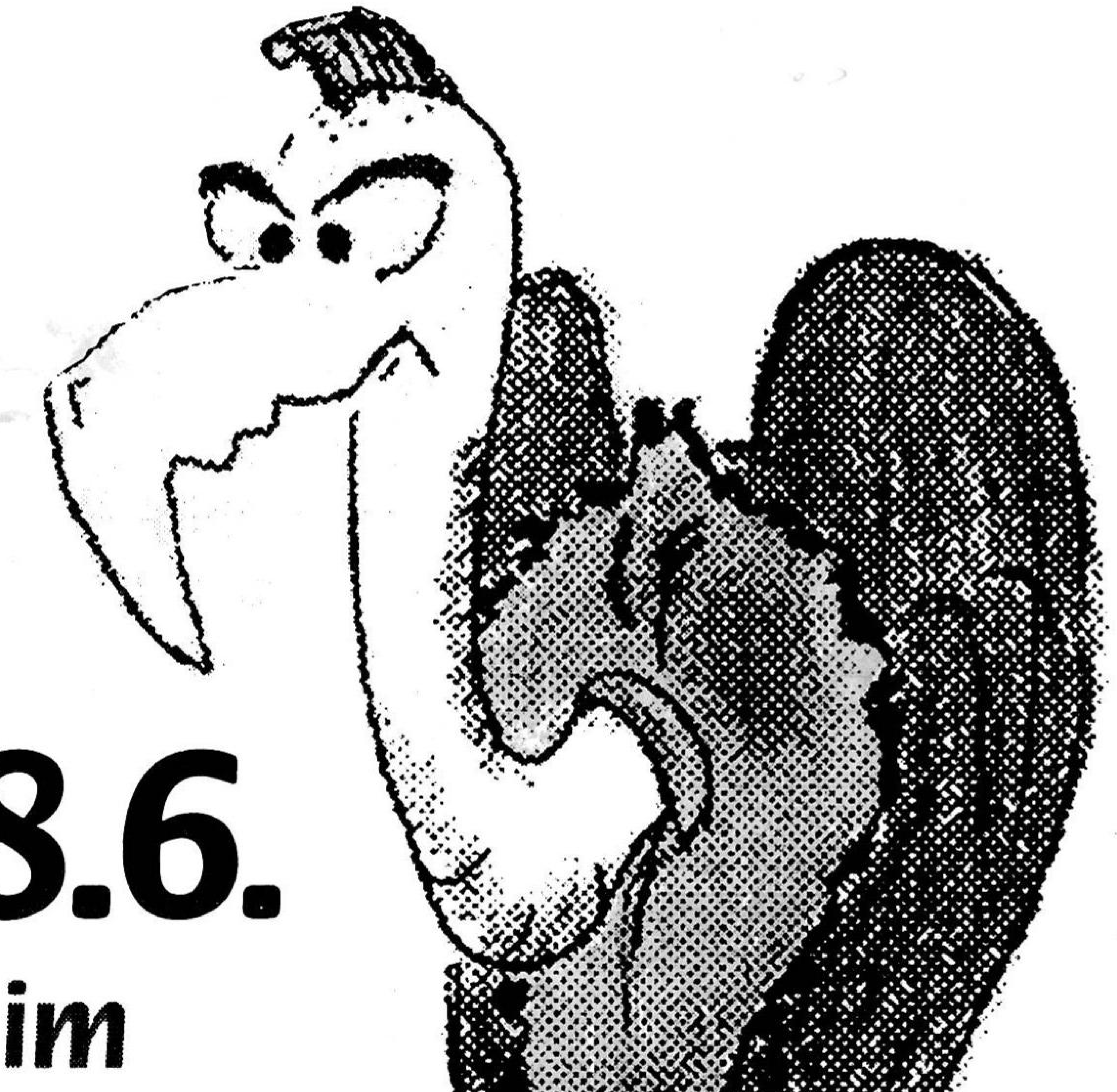
Wenn Ihr die GEGENINFO (zweifarbig, B4 Format) bei euch verteilen oder auslegen wollt, dann schreibt uns einfach, wieviele Exemplare ihr haben wollt! Bestelladresse: Anti-Rassismus-Büro, Sielwall 38 28203 Bremen Tel. 0421/706444 Fax. 706445 15 Pfennig(Druckkosten) & Porto pro Exemplar Konto: Weidner ARAB, Sparkasse Bremen, Kt-Nr. 11080769 BLZ 29050101

INHALT
SELBSTVERTEIDIGUNG IST KEIN VERBRECHEN: Warum Selbstschutz notwendig ist
GNADENLOSER ABSCHIEBETERROR: Verfolgung · Widerstand · Menschenjagd
Die Einheitsfeier findet nicht statt: Der 3. Oktober '94 in Bremen u.v.m.

SOLIPARTY

für das

aas



Samstag 18.6. im SO 36

Oranienstraße 190
Berlin Kreuzberg-36
U Görlitzer Bahnhof

ab 22 Uhr

Antifaschistisches Aktionsbündnis SCHWEDT